

**DIE JURISTISCHE UND STAATSWISSENSCHAFTLICHE
FAKULTÄT DER ERZSÉBET-UNIVERSITÄT POZSONY
(PRESSBURG) 1914 – 1921.**

KÁLMÁN KOVÁCS

Die 1635 in Nagyszombat (Trnava), auf dem Gebiet der heutigen Slowakei von Erzbischof Péter Pázmány gegründete und 1777 nach Buda, sieben Jahre darauf nach Pest verlegte Universität war lange Zeit hindurch die einzige Universität Ungarns. Mehr als zwei Jahrhunderte nach der Errichtung unserer ersten Universität verfügte der Gesetzesartikel XIX vom Jahre 1873 die Gründung einer Universität in Klausenburg (Koložvár), mit vier Fakultäten (rechts- und staatswissenschaftliche, medizinisch-chirurgische, philosophisch-philologisch-historische sowie mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät). Die Fakultäten nahmen noch im selben Jahr an der nach Franz Joseph benannten neuen Universität ihr Wirken auf, mit Ausnahme der medizinisch-chirurgischen, die zusammen mit dem pharmazeutischen Lehrkurs erst 1875 eröffnet wurde. Doch bereits damals herrschte die Meinung, daß in unserem Land sogar zwei Universitäten nicht ausreichen werden, um die wachsenden Ansprüche der Hochschulbildung zu befriedigen. Deshalb wurden in dem darauffolgenden Jahr die vorbereitenden Schritte dazu unternommen, um baldmöglichst in Pozsony (Preßburg, Bratislava) eine dritte Universität zu gründen. Die Professoren der dortigen königlichen Rechtsakademie baten bereits 1876 in einer Denkschrift darum,¹ ihr Institut in eine Universität umzuwandeln, die den Namen des im Januar verstorbenen Ferenc Deák tragen sollte. Ágoston Trefort, der Minister für Religions- und Bildungswesen, nahm sich der Initiative an und in Übereinstimmung mit dem Majestätsgesuch der Stadt und des Komitats Pozsony unterbreitete er am 9. April dem König eine Vorlage. Darin führte er auch die anderen auf eine Universität Anspruch erhebenden Städte auf (Pécs, Szeged, Kassa), schlug aber unter Berufung auf die große historische und politische Vergangenheit von Preßburg und auch auf die Traditionen der von Mátyás Hunyadi 1467 gegründeten Academia Istropolitana² vor, die neue Universität hier zu errichten. Der Herrscher ermächtigte in seinem wenige Tage später, am 15. April datierten allerhöchsten Beschluß den Minister, damit dieser „zur Schaffung einer dritten – eventuell in der freien königlichen Stadt Preßburg aufzustellenden – Universität... die weiteren Schritte auf Verfassungswege unternehmen könne“.

Trefort erarbeitete — zahlreiche hindernde Umstände aus dem Wege räumend — 1885 eine Gesetzesvorlage zur Aufstellung einer medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultät in Preßburg. Mit dem zu diesem Zweck erforderlichen Nachtragskredit wollte er sicherstellen, daß die neuen Anstalten bereits im Lehrjahr 1885/86 ihre Pforten öffnen können, die zusammen mit der Preßburger Rechtsakademie³ und deren Philosophie-Lehrstühlen innerhalb weniger Jahre eine vollkommene Universität gebildet hätten. Die Gesetzesvorlage gelangte aber nicht vors Parlament. Damit begann das mehr als ein Vierteljahrhundert dauernde Tauziehen um die Gründung der dritten Universität. Während dieser Zeit beschloß im Jahre 1892 die Stadt Debrecen auf Initiative der transtheißischen reformierten Diözese zur Umwandlung des alten reformierten Kollegiums in eine Universität anlässlich der Millenniumsfeiern eine Stiftung von 260 000 Ft zu errichten, die im Laufe der nun einsetzenden Sammlung von zahlreichen anderen Stiftungen gefolgt wurde. Im Fieber der Tausendjahrfeier (1896) und in der darauf folgenden Zeit der allgemeinen Ernüchterung, sowie infolge der Gleichgültigkeit der oberen Staatsorgane und der öffentlichen Meinung kam die Angelegenheit der neuen Institution der höheren Bildung von der Tagesordnung.

Schließlich trat 1910 die Budapester Universität — um ihre hauptsächlich durch den überfüllten Zustand verursachten Sorgen zu beseitigen — entschlossen für die Aufstellung einer neuen Universität ein. Noch im selben Jahr gelangte Graf János Zichy an die Spitze des Kultusministeriums, der alsbald die Sache der Gründung der neuen Universitäten in die Hand nahm. Seiner Meinung nach war nämlich die Lage untragbar geworden, daß Ungarn hinsichtlich der Zahl der Universitäten sehr weit hinter den westlichen Nationen, sogar noch hinter den Staaten des Balkans zurückblieb. In unserem Land kam auf 9,1 Millionen Einwohner eine Universität, während in der Schweiz diese Zahl eine halbe Million betrug, in Holland, Schweden, Belgien, Spanien und Italien 1,1 bis 1,9 Millionen, in Griechenland und Serbien 2,6 Millionen und in Bulgarien 4 Millionen. Damit also das Land diesen Rückstand etwas nachholt und gleichzeitig auch Schritte in Richtung der Dezentralisierung der Kulturzentren Ungarns getan werden, ließ Minister Zichy eine Gesetzesvorlage anfertigen und brachte diese mit einem ausführlichen und begründeten Motivenbericht im Jahre 1911 im Unterhaus ein. Das Abgeordnetenhaus verhandelte die Vorlage im folgenden Jahr und nahm sie an.⁴ Am 7. Juli wurde das Gesetz vom König sanktioniert, den gemäß „in Debrecen und in Preßburg bei einer stufenweise erfolgenden Entwicklung je eine mit Lehrfreiheit versehene ungarische königliche Universität errichtet wird“. (Gesetzesartikel XXXVI des Jahres 1912). Bei der ersten Organisation der Universitäten werden die ordentlichen und außerordentlichen Professoren, sowie der Direktor der Universitätsbibliothek auf Vorschlag des Ministers für Religions- und Bildungswesen vom König ernannt; bei den nach der ersten Organisation erfolgenden Ernennungen jedoch unterbreitet der Minister seine Vorschläge dem Herrscher nach Anhören der betroffenen Universitäten. Das „Hilfslehrpersonal“ wird von den Fakultäten erwählt und vom Minister bestätigt.

Das Gesetz sichert zur Deckung der Kosten, die mit der Errichtung der neuen Universitäten und in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens erwachsen — im Staatshaushalt jährlich 2 Millionen Kronen, insgesamt 20 Millionen Kronen. (Daneben betrugen die Stiftungen von Debrecen 5 Millionen, diejenigen von Preßburg 3 Millionen und gesondert die Ferenc-Gyurkovics-Stiftung für die Preßburger Universität ungefähr 1 Million Kronen. All diese sind von der zentralen Staatskasse stiftungsweise verwaltet.) Das Gesetz verfügt, daß vom Jahre 1922 an die mit dem Fonds nicht gedeckten Kosten der Universitäten im Staatshaushalt vorangeschlagen werden müssen. Der König hat dem Vorlagebericht der Munizipalkommission der Stadt Preßburg zugestimmt, wonach die zu gründende Preßburger Universität den Namen „Ungarische Königliche Erzsébet- (Elisabeth-) Universität“ tragen kann.⁵

Nach dem Überblick der Vorgeschicht⁶ und da unser Thema die Preßburger Universität, bzw. deren juristische und staatswissenschaftliche Fakultät betrifft, werden wir unsere Untersuchungen im weiteren natürlich auf diesen Bereich beschränken.

Mit der Gründung der Erzsébet-Universität, während der Amtsperiode des Ministers Béla Jankovics hörte das Wirken der Rechtsakademie auf. Ihre Räumlichkeiten und Einrichtung, die Bibliothek, die Stiftungen usw. wurden von der juristischen Fakultät in Besitz genommen, die auch mehrere Professoren und den großen Teil der Studentenschaft übernahm⁷ Zufolge des Beschlusses der ersten ordentlichen Sitzung der Fakultät vom 31. August 1914 müssen die Grundprüfungen am 30. September, 1. und 2. Oktober abgehalten werden, während die Einschreibungen zwischen dem 1. und 30. September erfolgen sollen. Das Lehrjahr 1914/15 wurde, um die Worte des Rektors zu zitieren, „in Übereinstimmung mit den Forderungen der Zeit ohne jegliche öffentliche Feierlichkeit“ am 3. Oktober eröffnet.⁸ Zur feierlichen Eröffnung der Erzsébet-Universität als Institution kam es infolge der Kriegsereignisse erst am 19. November 1916.⁹ Die Universität bestand jedoch bis zum Frühjahr 1918 — als am 17. März auch die Philosophie-, Philologie- und geschichtliche Fakultät und am 14. April die medizinische Fakultät errichtet wurden¹⁰ — lediglich aus der juristischen und staatswissenschaftlichen Fakultät, deswegen wurden die leitenden Funktionen von Universität und Fakultäten vereinigt und der Dekan der juristischen Fakultät auch mit den Aufgaben des Rektors betraut wurde¹¹; der Prodekan war zugleich Prorektor und der Fakultätsrat funktionierte zugleich auch als Universitätsrat. Der entscheidende Einfluß der juristischen Fakultät auf die Leitung der Universität blieb auch nach Eröffnung der medizinischen und philosophischen Fakultät im Jahre 1918 erhalten.¹²

Der Minister für Religions- und Bildungswesen bestätigte die Lehr- und Prüfungsordnung, die Wahl der Dekane und Rektoren, sowie Anstellung Dozenten und Oberassistenten. In Finanzfragen hatten die Universitäten kein selbständiges Verfügungsrecht; der Rektor verfügte nur über die vom Ministerium für das Rektorat und die Lehrstühlen im Haushalt bestimmten Summen und konnte nur Summen bis zu 500 Kronen zuweisen.

Die Verwaltung der Universität war schwerfällig und bürokratisch, der Kompetenzbereich des Universitäts- und Fakultätsrates ziemlich eng begrenzt. Aufbau und Wirken der Erzsébet-Universität wurden natürlich auch durch die Kriegsverhältnisse erschwert.

Der Herrscher ernannte am 26. August 1914 elf öffentliche ordentliche Professoren, darunter fünf Lehrer der ehemaligen Preßburger Rechtsakademie, zwei Lehrer der Kaschauer und je einen der Eperjeser, der Klausenburger und der Pécs (Fünfkirchen) Rechtsakademie, sowie einen Ministerialrat des Justizministeriums. Der große Teil der neu ernannten Professoren verfügte über eine 10- bis 22 jährige pädagogische Praxis und konnte auch kleinere oder größere publikatorische Tätigkeit aufweisen. Die Zahl der Professoren änderte sich. Im Studienjahr 1915/16 bestand der Lehrkörper aus 12 ordentlichen und 2 außerordentlichen Professoren und 1 Lektor, insgesamt also aus 15 Pädagogen. An der juristischen Fakultät lehrten zu dieser Zeit auch zwei, an die noch nicht eröffnete philosophische Fakultät auch zwei, an die noch nicht eröffnete philosophische Fakultät ernannte Professoren. Im Studienjahr 1918/19 verfügte die Fakultät über 10 ordentliche und 5 außerordentliche Professoren.

An der Spitze des Lehrstuhls für ungarisches öffentliches Recht und Politik stand der Tafelrichter und Ministerialrat Ödön *Polner*, der 1914 zum Professor an der Erzsébet-Universität ernannt wurde. Öffentliches Recht lehrte von 1915 an auch Sándor *Vutkovich jun.* als Dozent.

Der Lehrstuhl für Verwaltungs- und Finanzrecht wurde von István *Erkey* geleitet. Nach einer sechsjährigen Richterpraxis gelangte er 1904 an die evangelische Rechtsakademie in Eperjes, wurde 1909 zum Privatdozenten an der Budapester Universität habilitiert und wurde im Jahre 1914 öffentlicher ordentlicher Professor an der juristischen Fakultät der Preßburger Universität.

Den Lehrstuhl der Rechtsgeschichte (ungarische und mitteleuropäische Verfassungs- und Rechtsgeschichte) erhielt Dr. Zoltán *Kérészi*. Er wurde nach fünf Jahren im Dienste des Innenministeriums 1895 Lehrer an der Debrecziner reformierten Rechtsakademie, gelangte 1904 von hier nach Kaschau an die staatliche Rechtsakademie, wo er bis 1914, also bis zu seiner Ernennung an der Preßburger juristische Fakultät tätig war.

Leiter des Lehrstuhls für römisches Recht war Zoltán *Pázmány*. Nach dreijähriger richterlicher Praxis wurde er 1896 Lehrer an der Kecskeméti reformierten Rechtsakademie, von dort gelangte er 1904 an die Preßburger Rechtsakademie. Zum Privatdozenten habilitierte er sich 1903. Im Jahre 1914 erhielt er seine Ernennung zum öffentlichen ordentlichen Professor an die neue juristische Fakultät.

Kirchenrecht wurde bis zum 30. Mai 1917 vom Universitätsprofessor Mihály *Bochkor* vorgetragen, dann erbat er seine Versetzung nach Klausenburg und an seine Stelle gelangte der Privatdozent Aladár *Erdélyi*.

An der Lehrstuhl für Zivilrecht wurde 1914 Albert Kiss, Lehrer der Kaschauer Rechtsakademie ernannt. Seine Fachgebiete waren ungarisches und österreichisches Zivilrecht, doch beschäftigte er sich auch mit der Rezeption des römischen Rechtes und mit Arbeitsrecht, ja sogar auch mit

Strafrecht. Im Jahre 1918 war für kurze Zeit auch der Dozent Rafael Schauere am Lehrstuhl tätig.

Der Lehrstuhl für Zivilverfahrensrecht wurde Dezső Falcsik übertragen. Nach sechsjähriger Praxis als Richter, Advokat und Stadtnotar wurde dieser 1893 Lehrer am erzbischöflichen juristischen Lyzeum in Eger und 1906 an der Preßburger Rechtsakademie. Im Jahre 1914 wurde er zum ordentlichen Professor an der Universität Preßburg ernannt und er war zugleich auch der erste Rektor der neuen Universität, bzw. der mit der Kompetenz des Rektors betraute Dekan der Fakultät.

Der Lehrstuhl für Strafrecht und Strafverfahrensrecht wurde von einem ausgezeichneten Vertreter der ungarischen Strafrechtswissenschaft, von Ferenc Finkey eingenommen. Zwei Jahre lang praktisierte er als Advokat in Sátoraljaújhely und Poprád. Dann wurde er 1893 Lehrer an der reformierten Rechtsakademie in Sárospatak. 1912 wurde er zum Professor für Strafverfahrensrecht an die juristische Fakultät der Klausenburger Universität ernannt und gelangte 1915 von dort nach Preßburg. Neben den theoretischen Problemen des Rechtszweiges zeigte er auch eingehendes Interesse für die Fragen der Strafpraxis. Der Lehrstuhl war ursprünglich dem öffentlichen außerordentlichen Professor Lajos Degré zuerkannt worden, der 1914 auch mit den Vorlesungen begann. Als Kadett meldete er sich – trotz des Vorschlages der Universität und des Staatssekretärs – freiwillig zum Frontdienst an, wo er 1915, als 33 jähriger, gefallen ist. Bis zur Ankunft von Finkey keine Strafrechtsvorlesungen statt. Von 1918 an las zeitweise auch der Dozent Andor Kováts am Lehrstuhl vor.

Das Katheder für Nationalwirtschaft und Finanzwesen hatte Ferenc Kováts inne. Er war von 1900 an Bibliothekar an der Preßburger Rechtsakademie. 1903 wurde er zum Dozent für Statistik an der Klausenburger Universität habilitiert und unterrichtete vom selben Jahr an bis zum Jahre 1914 – bis zu seiner Ernennung als Universitätsprofessor – an der Preßburger Rechtsakademie. Im Studienjahr 1918/19 war er der Dekan der Fakultät. In seinen wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten stützte er sich hauptsächlich auf das Material des städtischen Archivs von Preßburg. Ökonomie und Statistik wurde in der Jahren 1914 – 1918 auch von Professor Károly Balás vorgelesen.

Der Lehrstuhl für Handels- und Wechselrecht wurde Géza Bozóky zugesprochen. Seine Vorlesungen erstreckten sich auch auf das Konkurs- und Seerecht. Im Jahre 1914/15 übernahm er auch den Unterricht des Strafverfahrensrechtes. Nach dreijähriger Verwaltungspraxis begann er seine Laufbahn als Lehrer im Jahre 1900 in Erlau (Eger) am erzbischöflichen juristischen Lyzeum. 1910 wurde er nach Fünfkirchen (Pécs) an das bischöfliche juristische Lyzeum versetzt. 1912 geriet er an die Preßburger Rechtsakademie, wo er 1914 zum Universitätsprofessor ernannt wurde.

Der Leiter des Lehrstuhls für Rechtsphilosophie und Völkerrecht war Béla Tuka.¹³ Nach sechsjährigem Dienst im Innenministerium und bei der Staatspolizei wurde er 1907 Lehrer am Pécs-er bischöflichen juristischen Lyzeum. 1912 habilitierte er sich an der Budapester Fakultät, war Dozent

in Pécs und gelangte 1914 als öffentlicher ordentlicher Professor an die Preßburger Fakultät.

Ungarische Geschichte, Psychologie, Ethik und Philosophie waren auch an der Preßburger juristischen Fakultät obligatorische Lehrfächer. Psychologie und Philosophie wurden von dem außerordentlichen und von 1916 an ordentlichen Professor Gyula Kornis vorgelesen, ungarische Geschichte, Urkundenlehre und Ethik las der Professor der philosophischen Fakultät Antal Hodinka vor.

Das wissenschaftliche und literarische Wirken der Professoren der juristischen Fakultät entsprach, von ein-zwei Ausnahmen abgesehen, hinsichtlich Quantität und Qualität dem an den übrigen juristischen Fakultäten bestehenden Niveau und war besser als an den Rechtsakademien im allgemeinen.

Die im Landesmaßstab oft kritisierten Unterrichtsmängel waren auch in Preßburg aufzufinden und diese hingen mit dem Studiensystem der juristischen Fakultäten zusammen. Die Lehr- und Prüfungsordnung wurde mit Verordnung Nr. 128 000/1911 des Ministeriums für Religions und Bildungswesen geregelt. Die Studenten der juristischen Fakultät mußten pro Semester im allgemeinen wöchentlich 20 Vorlesungen aufnehmen, wozu auch die sog. Hauptkollegien gerechnet wurden, und zwar pro Semester wenigstens 5 Stunden von jedem Fach (mit Ausnahme des römischen Rechts, dort waren es 8 Stunden, in Verwaltungs- und Finanzrecht 4 Stunden, in Völkerrecht 3 Stunden), sowie die übrigen vorgeschriebenen, aber nicht prüfungspflichtigen Kollegien (in zwei Semestern 4 Stunden ungarische Geschichte und in einem Semester 4 Stunden Philosophie).

Es wurden nicht eingerechnet die Sprachvorlesungen, sowie die an anderen Fakultäten aufgenommenen und kostenlos besuchten Vorlesungen. Die Studienzeit betrug auf Papier acht Semester; dies machte in der Praxis jedoch zumeist nur sieben bzw. sechs Semester aus, da außer dem für die „Freiwilligen“ erlassenen Semester den zum Frontdienst eingesetzten Studenten noch ein Semester angerechnet wurde, wenn sie zwischenzeitlich die vorgeschriebenen Prüfungen abgelegt hatten; im Sommer 1918 wurde dann diese Begünstigung noch mehr erweitert: für die Soldaten wurde – ähnlich wie an den anderen Universitäten – auch in Preßburg ein sog. „Sommerersatzsemester“ abgehalten. Die nicht zum Militärdienst eingezogenen Studenten hörten im achten Semester Vorlesungen über das geltende Recht.

Die Fakultät verkündete sowohl für das Winter- als auch das Sommersemester immer die gleichen Vorlesungen. Als Beispiel stellen wir an der I. Tabelle an Ende des Textes der Studie das Verzeichnis der in den Studienjahren 1914/15, 1916/17, 1920/21 verkündeten Studienfächer dar, sowie den Vorschlag der Preßburger juristischen Fakultät mit Hauptkollegien für zwei Semester. Wir bemerken, daß dieser Vorschlag das Schicksal der übrigen Reformvorschläge teilte, er wurde nicht verwirklicht.

Natürlich bedeutete die Aufnahme der Vorlesungen in den Index noch nicht den tatsächlichen Besuch der Vorlesungen. Diese wurden auch an der

Preßburger Fakultät nur von denjenigen besucht, die Lust dazu hatten, und da sich von seiten der Studentenschaft im allgemeinen nur geringes Interesse zeigte, nahm das Niveau der sich von Jahr zu Jahr wiederholenden stereotypen Vorlesungen immer mehr ab, auch ihr Inhalt war meistens nicht entsprechend. Im Fach römisches Recht hat man sich hauptsächlich mit Staatsgeschichte beschäftigt, obwohl das Rechtssystem und die Analyse der rechtlichen Institutionen wichtiger gewesen wären. Die verfassungs- und rechtshistorischen Vorlesungen beschränkten sich auf den Feudalismus, im wesentlichen nur auf das Mittelalter und waren im Geiste der „timonischen“ Ideologie gehalten. An den ungarischen Rechtsfakultäten wurde auf Initiative von Prof. Ákos Timon seit 1906 auch allgemeine Rechtsgeschichte gelesen. In den kirchenrechtlichen Vorlesungen kamen die zeitgemäßen Probleme von Staat und Kirchen nicht in den Vordergrund; in den Erläuterungen zum geltenden Recht fehlte die wechselseitige Beziehung der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse und des Rechts.

Auf theoretischem Gebiet herrschten die ideologischen Strömungen des Neokantianismus, der religiösen Weltanschauung und des Nationalismus-Chauvinismus vor. Die eigentlichen Hauptziele der Juristenausbildung und -erziehung: das Verständnis der geschichtlichen Entwicklung von Staat und Recht, die Probleme der Rechtsanwendung und die Aneignung des juristischen Denkens wurden kaum in Betracht gezogen. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen die mehr oder minder formalen Prüfungen.

Bis zum Absolutorium mußten die Rechtsstudenten drei Grundprüfungen ergebnisvoll ablegen; die Ablegung der Grundprüfung war die Voraussetzung für die Einschreibung in einen höheren Jahrgang. Die Studienfächer der ersten Grundprüfung waren: ungarische Verfassungs- und Rechtsgeschichte mit Hinsicht auf die mitteleuropäische Rechtsentwicklung, sowie römisches Recht. Diese Prüfung war am Ende des zweiten, bzw. zu Beginn des dritten Semesters zu absolvieren; im entgegengesetzten Fall wurde die Einschreibung für die weiteren Semester nicht der vorgeschriebenen Studienzeit angerechnet. Die zweite Grundprüfung: öffentliches Recht, Nationalökonomie, Finanzwesen war am Ende des vierten oder Anfang des fünften Semesters abzulegen, unter Androhung der bereits erwähnten Sanktionen. Die dritte Grundprüfung: Zivilrecht, Strafrecht und Strafverfahrensrecht wurde am Ende des siebenten bzw. zu Beginn des achten Semesters absolviert.

Das Absolutorium erhielt der Rechtstudent, der die vorgeschriebenen Grundprüfungen rechtzeitig ergebnisvoll abgelegt und in acht, bzw. sieben (oder sechs) Semestern die vorgeschriebene Zahl der obligatorischen Vorlesungen aufgenommen hatte.

Nach dem Absolutorium konnte sich der Student entweder zur rechtswissenschaftlichen oder zur staatswissenschaftlichen Staatsprüfung anmelden bzw. — wenn er den Dokortitel erwerben wollte — entweder zum staatswissenschaftlichen oder rechtswissenschaftlichen Doktorenrigorosum; natürlich konnte er sich auch beiden Staatsprüfungen oder beiden Rigorosa unterziehen, nach erfolgreicher Ablegung der Rigorosa erhielt er den Titel „doctor utriusque iuris“. Das kam aber in der Praxis nur selten

vor. Im großen Teil der Fälle begnügten sich die Absolventen mit dem Titel „doctor iuris“ oder „doctor rer. pol.“, bzw. lediglich mit der Absolvierung einer Staatsprüfung ohne den Dokorentitel. Die Staatsprüfung war an der Fakultät abzulegen, an welcher der Student das Absolutorium erhielt, zum Doktorenrigorosum jedoch konnte sich der Absolvent an welcher juristischen Fakultät immer melden. Die rechtswissenschaftliche Staatsprüfung¹⁴ gab bis 1912 eine ausreichende Qualifizierung zum Richterberuf oder zur Anstellung als Referent im Justizdienst. Dies staatswissenschaftliche Staatsprüfung qualifizierte laut Gesetzartikel 1 vom Jahre 1882 zur Referendaranstellung in den zentralen Ämtern, bzw. zur Stuhlrichter-, Untergespans-, Stadtbürgermeister-, Polizeioffiziersfunktion usw.¹⁵. Die Staatsprüfungen bzw. Rigorosa in den vorgeschriebenen Studienfächern mußten auf einmal und vor Prüfungskommissionen abgelegt werden.

Die rechtswissenschaftliche Staatsprüfung reicht weder zur Advokatenpraxis (Gesetzesartikel 36 vom Jahr 1874) noch zum Notariat aus und dem Gesetzesartikel 7 vom Jahre 1912 zufolge auch nicht mehr zum Richterberuf, und da die Rigorosa als Voraussetzung für das Doktorat nur an der Universität, nicht aber den Rechtsakademien absolviert werden konnten, – wobei aber im Grunde genommen in den gleichen Studienfächern geprüft wurde, nur vor einer anderen Kommission, – nahm die Zahl der Staatsprüfungen sehr ab. Zumeist beendeten nur die schwächeren Studenten ihre Studien mit der Staatsprüfung, diejenigen also, die sich nicht für die Universitätsrigorosa zu entscheiden wagten.

Die aufgrund der Archivalien erarbeitete Aufstellung über die Zusammensetzung der Studentenschaft der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Erzsébet-Universität sowie über ihre Studienergebnisse¹⁶ ist an der III. Tabelle aufgeführt.

Aus der Tabelle ist ersichtlich: der Personenstand der Studentenschaft war gering, einerseits wegen der Kriegsverhältnisse, andererseits, weil ja die Universität erst einigen Jahren bestand, die Unterkunft- und Wohnungsverhältnisse der Studenten waren gar nicht ideal usw. Für das erste Lehrjahr liessen sich im Durchschnitt 40–70 Studenten einschreiben, diese Zahl stige jedoch in den Jahren 1917–1919, und zwar vorwiegend infolge der Einschulung der die Kriegsjahr-Hilfssemester absolvierenden Studenten (d.h. Soldaten).

Die Nationalität der Rechtsstudenten läßt sich mit völliger Genauigkeit nicht rekonstruieren. In der an der IV. Tabelle aufgeführten statistischen Aufstellung, die in den Archivalien in deutscher Sprache vorfindlich ist¹⁷, figuriert das Hilfssemester der Wehrpflichtigen nicht und vorwiegend aus diesem Grunde sind die Angaben bezüglich der Stärke der Studentenschaft von denselben in unserer vorangehenden großen Aufstellung abweichend. Welche der Statistiken den Tatsachen in der Wirklichkeit entspricht, ließ sich nicht feststellen. Im Studienjahr 1920–21, wie es aus der großen Aufstellung hervorgeht, belief sich die Stärke der Studenten slowakischer Abstammung, beziehungsweise derjenigen, die ihre Gemeindegemeinschaft auf dem Gebiete der Slowakei hatten, im Wintersemester auf 27, im Sommersemester jedoch auf 14. Der Dekanat erstattete

nach 1919 dem Ministerium in Prag mehrmals dahingehend Bericht, daß über ein Drittel der Studentenschaft (z.B. 81 Mann aus der 273-Stärke), im Hilfssemester der Wehrpflichtigen jedoch jeder Student die slowakische Sprache beherrsche. Die Wahrheit dieser Angaben läßt sich nicht kontrollieren.

Die ersten Studentinnen ließen sich im Studienjahr 1919/20 einschreiben, da die rechtswissenschaftlichen Fakultäten in Ungarn vor dieser Zeit den Frauen vorenthalten waren.¹⁸

Bezeichnend ist die geringe Anzahl der bestandenen Prüfungen: sie nahm erst nach dem Kriege plötzlich zu, als die Gefahr der Einstellung der Lehrtätigkeiten in Preßburg bereits bestand. Die Vorbereitung der Studenten für die Prüfung war ansonsten nicht nur hier, sondern auch an den übrigen juristischen Fakultäten des Landes systemlos und oberflächlich. 75–80% der Studenten der 3. und 4. Jahrgänge waren nach Ablegen der beiden Grundprüfungen in den Vorlesungen meistens nicht erschienen. Man bereitete sich für die Prüfungen in absentia vor, meistens in den sog. „juristischen Sanatorien“, wo die Studenten gegen mäßigen Entgelt, mit Hilfe von Auszügen aus den Lehrbüchern und durch Memorisierung der häufigsten Prüfungsfragen, sowie der in Frage kommenden Antworten vorbereitet wurden und dies genügte in den meisten Fällen für das Bestehen der Prüfung. Das Ergebnis: etwa 20–25% der Studentenschaft hat sich die Grundlagen der juristischen Bildung durch regelmäßiges Lernen erworben, die Mehrheit dagegen, da sich in der Praxis „die Freiheit des Nicht-Lernens“ durchsetzte, verließ die Universität mit sehr geringem Wissen. Der Ankauf der Dissertationen war möglich und es gab kaum eine Kontrolle seitens der Lehrer, dahingehend, ob der Doktorand eine eigens verfaßte oder „beschaffene“ Doktorarbeit eingereicht hatte.

Bezüglich der sozialen Zusammensetzung der Studenten waren keine konkreten Archivangaben zu finden. Gewisse Hinweise deuten darauf hin, daß die Mehrheit der Studenten aus Beamten-, Kleinbeamten- und Kleinbürgerfamilien abstammte. Die sozial benachteiligten Studenten erhielten – wie es scheint – von den meistens nicht sehr großen Stiftungen und Schenkungen wenige Unterstützung, im Studienjahr 1914/15 – soweit die bezüglich der den Studenten zugewiesenen Beträge vorfindlichen Archivalien eventuell vollständig sind – wäre lediglich 9 Studenten Stipendium gewährt worden, im Studienjahr 1915/16 schon vielleicht nur 5 und zwar durchschnittlich in Höhe von 300.– Kronen für die Dauer eines Studienjahres. Staatliches Stipendium wurde nur in Ausnahmefällen gewährt und die Prüfungsgebühren hatten auch diejenige zu entrichten, denen die Kollegengelder und die Einschreibungsgebühren erlassen wurden (etwa 30% der Studentenschaft).

Man darf nicht unerwähnt lassen, daß die Einschaltung der Wirtschaftsakademie in Magyaróvár in die Preßburger Universität in der Form einer ökonomischer Fakultät bereits vom November 1914 an in Frage kommt. In dieser Angelegenheit unterbreitete der Universitätsrat am 15. Januar 1915 an das Kultusministerium einen Vorlagebericht, mit der Berufung darauf, wonach „gemäß § 6 des Organisationsstatutes der neuen Uni-

versität eine mathematische-, naturwissenschaftliche und landwirtschaftliche Fakultät als eine Fakultät der Universität errichtet werden wird.“ Es kam zu keiner Entscheidung, es ist jedoch beachtenswert, daß der Minister am 1. Dezember 1915 einem vom Ackerbauminister für die Professoren István Ereky und Béla Tuka erteilten Auftrag, wonach diese für die Studenten der Wirtschaftsakademie in Magyaróvár rechtswissenschaftliche Vorlesungen (Enzyklopädie des Rechtes, öffentliches Recht) halten, seine Zustimmung erteilte (Nr. 103/1915 – 16).

Nach Verlauf von Jahren bedeutete die Anordnung des Kultus- und Unterrichtsministeriums vom 31. Juli 1918 einen weiteren Fortschritt bezüglich des Vorhabens, die ökonomischen und juristischen Fachkenntnisse zu verbinden. Hierin ist festgelegt: es besteht seit Jahren Bedarf daran, daß die Beamten, die im Referendarkorps des Ministeriums für Ackerbau, ferner bei den dem Ministerium unterstellten einzelnen Ämtern und Instituten, sowie bei Behörden unterer und mittlerer Instanz angestellt sind, neben der Qualifizierung in den Rechts- und Staatswissenschaften auch über entsprechende ökonomische Kenntnisse verfügen sollten. Aus diesem Grunde wird denjenigen diplomierten Ökonomen, die die Wirtschaftsakademie in Magyaróvár absolviert und juristische Vorlesungen der Lehrer der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Preßburger Universität vom Studienjahr 1914/15 ordnungsmäßig besucht hatten, bewilligt, „den Lehrkurs Rechts- und Staatswissenschaft binnen einer Studienzeit von 5 Semestern vom Studienjahr 1918/19 an zu absolvieren.“ (Nr. 1156/1917 – 18.)

Am 29. August 1918 ersuchte der Universitätsrat das Kultus- und Unterrichtsministerium um Aufstellung einer vierten Fakultät. In Oktober und November wurden in den für die Aufstellung der vierten, d.h. der naturwissenschaftlichen und landwirtschaftlichen Fakultät zu bildenden Ausschuß, von den einzelnen Fakultäten je 2 Vertreter delegiert. (Nr. 501/1918 – 19.) Die Verwirklichung des Planes verhinderten jedoch die eingetretenen Ereignisse.

Die Entwicklung der politischen Lage hatte in der Kriegszeit auch in der Studentenschaft ihren Niederschlag gefunden. In der Anweisung Nr. 10 175/1915 des Kultus- und Unterrichtsministeriums wurde landesweit die strengste Kontrolle der Studentenvereine angeordnet, damit „die Möglichkeit des Landesverrats“ unterbunden wird und aus diesem Grunde durften die Studenten nur Verbänden, die der Disziplinarbehörde einer höheren Bildungsanstalt unterlagen, beitreten. Unklar ist, warum diese Anordnung erst am 11. November 1917 nach Preßburg weitergeleitet wurde.¹⁹

Aus der Tatsache, daß die Anhänger und Politiker der während des Krieges aufkommenden slowakischen Nationalbewegung mit der auch durch die Lehrer der juristischen Fakultät vertretenen ungarischen nationalistischen Ideologie und Auffassung selbstverständlich nicht einverstanden waren, entstand eine Anzahl viel größerer Besorgnisse und Schwierigkeiten. Bereits im Oktober 1915, in seinem Inaugurationsvortrag hat Polner als Rektor darüber gesprochen, daß „das Ziel: die Aufrechterhaltung eines spezifischen, besonderen ungarischen Staates durch die ungarische

Nation“ sei und das Fortbestehen dieses Staates „von der Überlegenheit der ungarischen Kultur allen sonstigen Kulturen gegenüber“ abhängig sei, desgleichen gelte „diese Überlegenheit als eine Vorbedingung zur Aufrechterhaltung unseres nationalen Charakters sowie zur Vorherrschaft unserer Nation im ungarischen Staat“. In Ungarn – nach seiner Ausführung – habe „die ungarische Nation die maßgebende, führende Position einzunehmen“ und es sei von besonderer Wichtigkeit, daß die Nationalitäten mit der Ungarischen Nation „wenigstens als mit einer Kulturgemeinschaft verbunden werden“. Die Aufgabe der Preßburger Universität sei – am Westrand des Landes, wo sich drei Sprachgebiete treffen – die Festigung und Verbreitung der ungarischen Kultur, damit Preßburg „am Randgebiet des Landes auch aus kultureller Hinsicht zu einem ungarischen Markstein wird“. ²⁰

Nach der Proklamierung der Tschechoslowakischen Republik zeigten sich die praktischen Folgen dieser Auffassung einerseits in dem immer stärkeren Widerstand der slowakischen Kreise, andererseits in der nationalistischen Überzeugung und Haltung der Mehrzahl der ungarischen Lehrer und Studenten: diese – wie überwiegend auch die öffentliche Meinung des Landes – waren sich darüber gar nicht im klaren, daß dem durch die Monarchie entfesselten und verlorenen Krieg die politische Niederlage der ungarischen herrschenden Klassen und die Auflösung des historischen Ungarns folgen wird. Man konnte sich z.B. lange nicht vorstellen, daß über Jahrhunderte gewesener Sitz der ungarischen Landesversammlung und der höchsten Regierungsstellen, Preßburg, wo der Volkszählung im Jahre 1910 zufolge die Slowaken 14,9% der Bevölkerung ausmachten, über Nacht endgültig von Ungarn weggenommen werden könnte. (Es sei erinnert, daß der vom Károlyi-Regime vertretene aussichtslose Standpunkt der territorialen Integrität bis zum Ende nicht aufgegeben worden war.) Die Illusionen wurden auch durch die in den ungarischen Zeitungen von Preßburg sozusagen wöchentlich zitierten 14 Punkte von Wilson gekräftigt: etwa durch die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sowie durch die Zusage, daß die Grenzen in den Friedensverträgen unter Zugrundelegung des Nationalprinzips bestimmt werden. Bei der Bewertung der späteren Handlungsweise und der Taten von Polner und seinen Mitgefährten ist zu berücksichtigen, was als grundlegendes Erfordernis für jede historische Darstellung gilt: die Figuren jeder Epoche sind aus der Sinnesvorstellung ihres Zeitalters heraus zu beurteilen. Dies gilt auch für die Leiter des slowakischen Verwaltungsapparates, die in der gespannten Atmosphäre der ersten Monate des Jahres 1919 die innere Überzeugung hegen mochten, der Autorität der neuen Macht – manchmal ohne Rücksicht auf die Mittel – allenfalls Geltung verschaffen zu müssen.

Tatsache ist, daß es bis zum Ende des Jahres 1918 keine Hinweise in den Schriftstücken, Protokollen und Erklärungen der Fakultät darüber gibt, daß die Tschecho-Slowakische Republik deklariert wurde. Im Dezember d.J. haben die Professoren und Angestellten der Fakultät der Károlyi-Regierung den Amtseid abgelegt. ²¹ Im neuen Jahr, nach der am 1. Januar erfolgten militätrischen Besetzung Preßburgs setzte jedoch das zähe, letzt-

lich hoffnungslose Ringen des Rektors und des Dekans um die Existenz der Universität ein, und zwar leider nicht immer im Zeichen einer für die Sache vorteilhaften und realen Bedachtsamkeit, sondern ab und zu auch in der Form eines harten und manchmal unüberlegten Widerstandes gegen die tschechische Besatzungsmacht. In der am 4. Januar 1919 abgehaltenen außerordentlichen Sitzung des Fakultätsrates erstattete Polner unter anderen den folgenden Bericht: „Er hatte eine telephonische Absprache mit dem Staatsserkretär im Kultus- und Unterrichtsministerium, und von diesem die Zusage erhielt, daß er zur Überweisung der Gehälter, der Teuerungs- und Familienzulagen dringende Maßnahmen treffen werde, es ist jedoch fraglich, ob man die Gelder beheben können wird, da es im Preßburger Steueramt keine Geldmittel vorhanden sind.“ Er bat den Rat „um seinen Standpunkt über weitere in Bezug auf Besetzung zu treffenden Vorkehrungen. Er selbst ist der Auffassung, man müsse eine abwartende Stellung einnehmen... Man müsse sich für die weitere Aufrechterhaltung der Universität, als eine Preßburger Universität, auf kollektive Weise (gruppenweise) einsetzen.“ Der Rat beschloß die Veröffentlichung des Jahrbuches „der Preßburger ungarischen staatlichen Universität der Wissenschaften“ für das Studienjahr 1919.²² Die juristische Fakultät hat die Beziehungen mit dem ungarischen Kultus- und Unterrichtsministerium und den anderen Zentralbehörden und Zentralämtern des ungarischen Staates aufrechterhalten. Anfang 1919 wurden die aus den Ämtern in Budapest übersandten Anweisungen im besetzten Preßburg ordnungsmäßig durchgeführt.²³

Am 4. Januar 1919 hielt auch der Plenarrat der Universität eine außerordentliche Sitzung „über die mit der Besetzung von Preßburg verbundenen Fragen“ ab.²⁴ In der schwierigen Lage erstattete Polner Bericht über die von ihm in Dezember unternommenen Schritte und bat um deren Bestätigung. Er erwähnte, er habe an den Vorsitzenden des Ministerrates nach Pest telegraphiert und dem Kultus- und Unterrichtsministerium einen Bericht erstattet, er erhielt jedoch keine Antwort. Er ersuchte schriftlich die Hochschule in Magyaróvár und den Bischof in Raab, der Letztere ließ am 30. Dezember 1918 auch eine Antwort zukommen. An diese Adressen wollte Polner die Schriftstücke des Archivs übersenden, die er den tschechoslowakischen Behörden nicht überliefern wollte.

Seinem Bericht zufolge bat er ferner die zuständigen Amtsstellen in Budapest um die Überweisung der Gehälter der Universitätsangestellten für mehrere Monate vorhinein. Was die weiteren Veranlassungen anbelangt, hat der Rat Polner anvertraut, nach freiem Ermessen zu handeln. Es ist festzustellen, daß Polner, als Vertreter der Universität und Beschützer der Interessen der ungarischen Regierung, die Anstalten selbständig getroffen hatte. Dies nahm der Universitätsrat dankend zur Kenntnis. Jedoch – wir werden bald darüber sprechen – mit seiner, nicht genügend erwogenen Aktionen fügte Polner der Universität manchmal ungewollt objektive mehr Schaden als Nutzen zu, indem er die Spannung und das Mißtrauen zwischen den ungarischen und den slowakischen Amtsstellen vertiefte.

Am 6. Januar 1919 teilte Polner den Mitgliedern des Universitätsrates mit, er hatte „Vormittag ohne Einladung den Sekretär Jankó in der Obergespannschaft besuch²⁵, wo er informiert wurde, daß die Übergabe des tschechischen Imperiums eben im Gange sei.“ Samu Zoch, evangelischer Pfarrer in Modor, der bereits vor Weihnachten zum Schupan des Komitats und der Stadt ernannt wurde, hat nämlich sein Amt am 6. Januar übernommen, nachdem die Soldaten der tschechischen Legion das Komitatshaus besetzt hatte. Polner hatte sich auch bei dem Schupan vorgesprochen und dieser teilte ihm mit, daß „das tschechische Imperium auch für Bratislava gelte“, demzufolge sei die Universität ihm unterstellt: „die Universität wird übernommen und auch weiterhin bestehen“. Polner protestierte scharf dagegen, indem er sich dahingehend äußerte, die Äußerung Zochs – seiner Meinung nach – „dem Waffenstillstandsabkommen widerspreche und völkerrechtswidrig sei“. Dem Protokoll vom 6. Januar 1919 zufolge teilte Zoch Polner folgendes mit: „die Universität gehört der Tschecho-Slowakischen Republik, die ungarische Universität darf das Studienjahr vollenden. Polner protestierte, er ist jedoch bereit, für das Vermögen der ungarischen Universität die Verantwortung zu übernehmen“.²⁶ Nach der Behauptung von Polner hatte der Schupan in seiner Erwiderung bemerkt, er habe mit einem solcherart scharfen Protest gar nicht gerechnet und dies könne für die Universität schwere Folgen haben: die Waffenstillstandsbedingungen seien durch die Entente abgeändert worden, die Zugehörigkeit von Preßburg zur Tschecho-Slowakischen Republik sei eine vollendete Tatsache. Zoch forderte Polner auf, das Mobiliar der Universität den anwesenden Offizieren inventarmäßig auszufolgen. Polner begab sich mit den Offizieren zum Dekanat und später in die Bibliothek. „Der tschechische Hauptmann gab sich damit zufrieden, daß der Rektor und die Dekane seine Erklärung abgeben, wonach, was an Ort und Stelle vorfindlich ist, nicht wegbefördert werden wird.“ Polner berichtete ferner auch darüber, daß der Schupan Zoch auch die Erklärung verlangte, daß keine politischen Bewegungen seitens des Lehrerkorps gegen die tschechische Regierung betrieben werden. Er beantragte, dem Rat, keine Erklärung abzugeben und gegen den Beschluß Zochs ernent Protest zu erheben, sowie zu erbitten, „damit uns ermöglicht wird, von hier wegzugehen“, beziehungsweise „ohne jeden Zwang unsere Tätigkeit fortsetzen zu dürfen und demjenigen, der nicht willig ist, freier Wegzug gewährt werden soll.“ Schließlich bemerkte er: „unsere Bezüge können wir ohne Anstand beheben“ – Vom Schupan wurde erklärt, er lege der Tätigkeit der Professoren kein Handwerk, soweit diese die Tschecho-Slowakische Republik offen nicht angreifen, ein Teil des Lehrerkorps hatte jedoch bereits am 6. Januar 1919 die Absicht, Preßburg zu verlassen. Laut des obenerwähnten Protokolls wird Polner „von der tschechischen Regierungsstelle eine schriftliche Erklärung darüber erbitten, was eigentlich vom Lehrerkorps verlangt wird, und eine Gewähr dafür, daß uns ermöglicht wird, der ungarischen Regierung über den Vorgang einen schriftlichen Bericht zu erstatten. Polner war sich leider über die tatsächliche Lage der Dinge und über die Möglichkeiten nicht im klaren, er beeinflusste mit seiner Hartnäckigkeit die Mitglieder des Rates. Finkey

äußerte sich beispielsweise dahin, „wir sind nicht willig, in tschechischen Staatsdiens zu treten, wir beantragen unsere friedliche Entlassung... wer willig ist, an dieser Universität als einer ungarischen Bildungsstätte weiter tätig zu sein, dem steht es frei, es zu tun, wer aber nicht willig ist, mitzumachen, ... dem muß anderswie ermöglicht werden, von hier mitsamt der Familie wegzuziehen und zwar unter Gewährung einer ausreichender Zeit.“ Im Gegensatz dazu, nach der Meinung des Professors Prinz, eines der Vertreter der philosophischen Fakultät, „ist die Abgabe der in Frage stehenden Erklärung gar nicht so dringend, man könnte sich auch nachher entschließen, ob man weggeht oder bleibt, und verbleibt man zunächst ohne eine Erklärung abzugeben, so gilt dies noch nicht als ein Verstoß gegen unsere patriotische Pflicht.“ Der andere Professor der philosophischen Fakultät, Hodinka ging noch einen Schritt weiter, indem er das Problem der Staatsbürgerschaft und Angehörigkeit für den Fall „der weiteren Dienstverrichtung unter tschechischem Imperium“ angeschnitten hatte. Fenyvessy, der die medizinische Fakultät vertrat, war mit den beiden vorigen Auffassungen einverstanden. Also nur die Angehörigen der juristischen Fakultät waren gegen die Überlegung und ein Kompromiß. Am 7. Januar 1919 beschloß der Universitätsrat endlich die Unterzeichnung der seitens der slowakischen Behörden verlangten Erklärung, wonach dieser „den Besetzungszustand zur Kenntnis nimmt und sich bis zum Abschluß des Friedensvertrags beziehungsweise einer etwaigen, tschechoslowakisch-ungarischen Vereinbarung über Preßburg verpflichtet, den Ausbildungsbetrieb in Gang zu halten, das Universitätsvermögen aufzubewahren und die Studenten aufzufordern, sich staatsfeindlicher Erklärungen zu enthalten, ferner bitte der Rat um die Gewährleistung des Wegzugs für die Lehrer, die nicht bleiben wollen“. Diese Erklärung wurde dem Schupan Zoch in ungarischer und slowakischer Sprache zugestellt.

An der Sitzung vom 8. Januar 1919 berichtete Polner darüber, daß der Schupan die Verfügung der Universität über die politische Haltung der Studentenschaft nicht für ausreichend halte und man verlange weitere Maßnahmen. Der Beschluß: „neuer Aufruf an die Studentenschaft angenommen.“ Polners Bemerkung: „trotz unserer weiteren Tätigkeit an dieser Stelle bekennen wir uns nach wie vor zu ungarischen Staatsbürgern und zu den Untertanen des ungarischen Staates.“ Fenyvessy, in Vertretung der medizinischen Fakultät, ist gegen die Erklärung solcher Art, indem er behauptet: „das kommt ja den Angestellten der Universität nicht zugute und erschwert unsere Lage.“ Doch Polner betont wiederum: „wir betätigen uns nicht an einer tschechischen, sondern nach wie vor an einer tschechischen, sondern nach wie vor an einer Universität des ungarischen Staates...“

Am 10. Januar wurde eine protokollierte Vereinbarung zwischen dem Schupan und dem Universitätsrat erzielt, wonach Zoch die ungestörte Beendigung des Studienjahres der Universität garantiert, jedoch entsprechende Garantien dafür verlangt, daß „die Studentenschaft sich an keinen Bewegungen und Aktionen, die gegen den tschechoslowakischen Staat gerichtet sind, beteiligen wird“, und der Universitätsrat erklärt sich seinerseits bereit, die Universität im Geiste der völligen Loyalität zu leiten,

jedoch unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Auffassung des Universitätsrates über den bisherig bestehenden öffentlichen Status, wonach er solange der ungarische Staat im Sinne des Völkerrechts durch Abschluß eines rechtswirksamen Friedensvertrages auf seine Souveränität, betreffend Preßburg, nicht verzichtet, den bisherigen Status als rechtmäßig betrachtet²⁷.

Es kam jedoch zwischen den neuen slowakischen Behörden und der Universität binnen kurzem zu scharfen Auseinandersetzungen. Der sich bis dahin (seit dem 10. Dezember) in Zsolna betätigende Šrobár, der zur Verwaltung von Slowensko mit uneingeschränkten Vollmachten bekleidete Minister war dabei, sein Ministerium nach Preßburg zu verlegen. Zur feierlichen Begrüßung von Šrobár seinen Mitarbeitern am 4. Februar wurden die Vertreter der gesellschaftlichen und politischen Organisationen, darunter auch der Rektor der Erzsébet-Universität vom Schupan Zoch eingeladen. Polner berief den Universitätsrat am 16. Januar 1919 ein und ließ eine Resolution annehmen, wonach die Erzsébet-Universität Zoch in einem Schreiben mitteilen soll, daß die Teilnahme an dem feierlichen Empfang abgelehnt wird, da „... die Entsendung eines Vertreters aus patriotischen Gründen nicht möglich ist.“²⁸

Dieses Schreiben wurde am 21. Januar 1919 zugestellt. Die slowakischen Behörden reagierten sehr hart darauf, sie stellten am 28. Januar 1919 den gesamten Lehrerkorps unter Polizeiaufsicht und stellten den Unterricht an allen drei Fakultäten ein.²⁹

An der Vorstandssitzung der sozialdemokratischen Partei von Preßburg wurde „die Maßregelung“ der Universität verhandelt und es wurde der folgende Beschluß gefaßt: „Die Parteilitung bewertet den Vorfall, daß der Regierungskommissar von Preßburg der tschechoslowakischen Regierung die Universität schließen und die Lehrer der Universität aus dem Grunde, weil der Lehrerkorps am Empfang der am 4. Februar in Preßburg eintreffenden tschechoslowakischen Regierung nicht teilnehmen will, unter Polizeiaufsicht stellt als einen schweren Verstoß gegen die Gewissensfreiheit. Dieser Akt ist auch insofern zu mißbilligen, weil durch die Schließung der Universität auch die Ausbildungsmöglichkeit der wissensdurstigen Jugend vorenthalten wird. Die sozialdemokratische Partei übermittelt dem Lehrerkorps die volle Solidarität seitens der Arbeiterschaft von Preßburg und wird Mittel und Wege finden, daß diesem schweren Unrecht ehestens abgeholfen wird.“³⁰

In Preßburg war die Arbeiterschaft — darunter auch die Setzer — am 3. Februar in politischen Ausstand getreten, die Lokalzeitungen waren zwei Tage lang nicht erschienen. Am Streik waren ungarische, deutsche und slowakische Arbeiter gleichfalls beteiligt. Der Chef der Polizei ordnete die Haft und Internierung der Vorstandsmitglieder der sozialdemokratischen Partei an. In Haft genommen und interniert wurde, „wegen des Verdachtes des Aufrufes zu einem Streik“, auch der Rektor Ödön Polner, desgleichen der verantwortliche Redakteur der „Hiradó“ (Anzeiger), István Arkauer. Eine Delegation der organisierten Arbeiterschaft setzte sich am 5. Februar beim italienischen Oberst Barecca, Stadtkommandant, für die fristlose Frei-

setzung der Verhafteten, sowie für die Gewährleistung der Bürgerrechte ein und äußerte sich darin, daß bei Erfüllung ihrer Forderungen alle von ihnen die Arbeit wieder aufnehmen werden. Barecca gab die Zusage, daß niemand wegen Teilnahme am Streik am behelligt werde. Er sei hier nicht dafür da, — sagte er — um den Arbeitern die Rechte zu entziehen. Es stehe den Arbeitern frei, nach der Freilassung der Verhafteten eine Versammlung zu organisieren, wo die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wird. — Aufgrund der Anordnung des Obersten wurden die Verhafteten abends um 8 Uhr freigelassen, sie hätten aber am folgenden Tage vormittag eine Erklärung in der Polizei unterfertigen müssen, was jedoch durch die Sprecher der Arbeiterschaft verweigert wurde, unter dem Hinweis, man sei lediglich zur Absprache mit dem Ministerium für die Slowakei bereit, wo man im Namen der Arbeiterschaft wichtige Forderungen vorzutragen und für die Verhaftung der Arbeitervertreter eine Genugtuung zu bekommen wünsche. — Polner ließ ein besonderes Protokoll anfertigen, in welchem er gegen seine Verhaftung protestierte, da er „der Streikbewegung vollends ferngeblieben war“.³¹ Polner hatte mit dem Ausstand tatsächlich nichts zu tun, er mißbilligte die kampflustige Arbeiterbewegung eben so, wie die Vertreter der slowakischen Bourgeoisie.

Am Tage nach der Freisetzung ihrer internierten Führer stimmten die Preßburger Arbeiter auf einer Kundgebung den aus 9 Punkten bestehenden Anforderungen die der slowakischen Regierung vorgelegt werden sollten, zu. Unter diesen figurierten die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, und des Gewissensfreiheitsprinzips, die Wiedereröffnung der Universität, die Gewährleistung der Ausübung der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, ferner die Einführung des 8-Studententages, sowie der Kollektivverträge, die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten, die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung usw. Diese Forderungen wurden der slowakischen Regierung am 7. Februar zugeleitet und die Arbeit wurde mit dem Hinweis aufgenommen, daß man, falls die Forderungen nicht erfüllt werden, wieder in den Ausstand treten werde.³² Und da die Regierung mehrere Forderungspunkte der Arbeiterschaft zurückwies, war es nach einigen Tagen, am 11. Februar, tatsächlich zum Streik gekommen. Am darauffolgenden Tage kam es zwischen der zur Großkundgebung der Arbeiter zusammentreffenden Menge und den Soldaten der tschechischen Legion zu einem Zwischenfall, die Soldaten haben in die Menge geschossen, was einen Anzahl von Toten und Dutzende von Verwundeten als Opfer forderte.³³

Erwähnenswert ist, daß der Vorstand der sozialdemokratischen Partei durch eine Abordnung der Studentenschaft aufgesucht wurde, wobei dieselbe sich für den tatkräftigen Einsatz, der durch die organisierte Arbeiterschaft gegen die Aufhebung der Universität an den Tag gelegt wurde, bedankte.³⁴ — Die Aufhebung der Universität war zweifelsohne eine übertriebene und übereilte Maßnahme, mit der der Präsident der Republik Masaryk schon auch wegen der ungünstigen internationalen Resonanz, nicht einverstanden war, und brachte seine Meinung auch zum Ausdruck.

Am 17. Februar 1919 faßte Šrobár's Ministerium den Entschluß, wonach die Fortsetzung der Vorlesungen zugelassen, die Autonomie der Uni-

versität aufrechterhalten wird, gleichzeitig wurde jedoch – unter vollen Kontrollbefugnissen – ein Regierungskommissar in der Person des katholischen Priesters Ferenc Jehlička ernannt.³⁵ Sein Aufgabenbereich erstreckte sich darauf, die Tätigkeit der Universitätsorgane, die pädagogische Tätigkeit und das Auftreten der Lehrer vor der Öffentlichkeit zu verfolgen. Es lag dem Regierungskommissar ob, die Universitätsratsbeschlüsse zu bestätigen und zu signieren, die Anstellung neuer Lehrkräfte vorzuschlagen, es stand ihm ferner frei, eine Abänderung des Studienplanes zur Interessenwahrnehmung der tschechoslowakischen Republik zu beantragen.³⁶ Jehlička redete in die Arbeit des Universitätsrates nicht darin, ja sogar intervenierte er – allem Anschein nach – bei Šrobár lieber für den Lehrerkorps und er legte keine Hindernisse in den Weg der Aktionen von Polner. Am 23. Februar schreibt der Prorektor Kornis an Jehlička, daß Polner wegen der unbegründeten Verhaftung eine Genugtuung fordere und aufgrund des Paragraphen 193 des Strafgesetzbuches (Verletzung der persönlichen Freiheit durch einen öffentlichen Beamten) mit seiner Strafanzeige androhe. Jehlička intervenierte in dieser Angelegenheit bei Zoch³⁷, der durch Jehlička Kornis ausrichten ließ: „soweit der Rat eine dahingehende Äußerung abgibt, wonach durch denselben zugegeben wird, sein Beschluß und seine schriftliche Erklärung in Sachen der Begrüßung der tschechoslowakischen Regierung waren taktlos gewesen, beziehungsweise er einen ungarisch-patriotistischen Übereifer zeigte, wird auch der Herr Schupan bereit sein, seinem Bedauern wegen der erfolgten Internierung Ausdruck zu verleihen.“ Polner aber – in Anwesenheit von Jehlička und dem Schulreferenten von Šrobár, Stefánek – äußerte sich dahin, er nehme eine Genugtuung solcher Art nicht an. Der Universitätsrat entschied sich schließlich dafür, daß „die Genugtuung mit unzumutbaren Vorbedingungen verknüpft ist und es wird unter den waltenden Umständen auf eine Genugtuung kein Gewicht gelegt.“³⁸ Jehlička machte keine Bemerkungen zu dieser Resolution.

Die Lage hat sich in den ersten Märztagen 1919 wieder zugespitzt, da die ungarischen Studenten in Preßburg, am Donauufer gegen die tschechisch-slowakische Besetzung mehrmals demonstrierten und die Genehmigung der Begehung des Gedenktages am 15. März forderten. Die Feierlichkeiten wurden von den aus eigener Sicht ebenfalls nationalistisch-chauvinistisch gesinnten Behörden untersagt³⁹ und die Zuwiderhandelnden mit schweren Folgen angedroht. Der mit der Verwaltung der Slowakei mit uneingeschränkten Befugnissen beauftragte Minister Šrobár behauptete in seiner an die Universität gerichteten Zuschrift, die Studentenschaft wäre von ungarischen Agitatoren angezettelt worden, er gab dem Regierungskommissar Jehlička die Anweisung, zu verfügen, daß die Studentenschaft zur Enthaltung von Demonstrationen durch das Rektorenamt schriftlich und auf Wandanschlägen ermahnt wird. Die Ermahnung hat auch erfolgt.

Zur Zeit der Ungarischen Räterepublik entschied sich der Rat der Universität dafür, die Erlasse der Volkskommissäre nicht zur Kenntnis zu nehmen, beziehungsweise dieselben „dienstlich nicht zu erledigen.“⁴⁰ Unter der Leitung des Rektors Polner, des Dekans der juristischen Fakultät

Ferenc Kováts, sowie des Prodekans der medizinischen Fakultät Fenyvessy suchte eine zehnköpfige Abordnung der Preßburger Universität am 27. Mai den Präsidenten der Republik Masaryk mit der Bitte auf, die Vorlesungen an der ungarischen Universität im Interesse der zahlreichen ungarischen Bevölkerung, die eventuell dem tschecho-slowakischen Staat einverleibt werden wird, zu ermöglichen. Der Präsident empfing die Abordnung der Universität sehr zuvorkommend und erklärte: zur Zeit ist es noch unbekannt, wie groß die ungarische Bevölkerung im Rahmen der tschechisch-slowakischen Republik der Stärke nach sein wird. Es hängt davon ab, ob das Weiterbestehen einer eigenen ungarischen Universität möglich sein wird. Aus kultureller Hinsicht wird es allenfalls notwendig sein, eine Übergangsperiode einzuführen und eine plötzliche Aufhebung der ungarischen Universität wäre unrichtig, was ja auch nicht erfolgen wird. Im gleichen Sinne äußerten sich auch der Unterrichtsminister Habermann und der Staatssekretär Drtina.⁴¹

Am 30. Mai setzte sich die Gegenoffensive der ungarischen Roten Armee unter Führung von Aurél Stromfeld, der vorübergehend sehr erfolgreiche Nordfeldzug in Gang.⁴² „Mit Rücksicht auf die militärischen Operationen“ verkündeten der Minister Šrobár und der französische General Mittelhauser, Befehlshaber der Armeegruppe der Westslowakei, für das Gebiet der Slowakei am 5. Juni die Militärdiktatur.⁴³ Obwohl die Operationen am 24. Juni aufhörten, sind in der Zwischenzeit jedoch Hunderte von Arbeitern, Funktionären der Arbeiterbewegung, darunter vorwiegend Kommunisten durch die Militärorgane bereits verhaftet und eine Anzahl von Zugehörigen des ungarischen Bürgertums, darunter der Rektor Polner und der Dekan der medizinischen Fakultät Mihály Pekár sowie eine Anzahl von Studenten als Geiseln interniert worden.⁴⁴

Die tschechisch-slowakische Nationalversammlung verabschiedete am 27. Juni 1919 das Gesetz Nr. 375/1919, das die Gründung der tschechisch-slowakischen staatlichen Universität namens Komenský in Bratislava vorgesehen hatte. Mit diesem Akt hatte die Liquidierung der Erzsébet-Universität eigentlich ihren Anfang genommen.

An der Sitzung des Universitätsrates vom 6. August 1919 berichtete Polner darüber, daß der Rat der medizinischen Fakultät der Komensky-Universität gebildet wurde, was eine Entlassung der Professoren in der medizinischen Fakultät der Erzsébet-Universität bedeute und dies „dem Versprechen von T.G. Masaryk zuwiderläuft.“ An dieser Sitzung übernahm jedoch Béla Fenyvessy, Professor der medizinischen Fakultät, die Würde des Rektors von Polner.⁴⁵ Die Vorsteher der Stadt und der dortigen öffentlichen Lehranstalten ersuchten den Präsidenten Masaryk und die Regierung am 14. August in einem Memorandum um eine gerechte Regelung des Schulwesens. Bezüglich der Universität selbst brachte man den Wunsch zum Ausdruck, daß ihr Studienbetrieb im Schuljahr 1919/20 unverändert erhalten bleibt. Würde jedoch eine Umorganisation der Universität unvermeidlich sein, so soll es allenfalls unter Anhörung der Betroffenen und Gewährung eines entsprechenden Überganges erfolgen. Im Vorlagebericht wurde vorgeschlagen, daß künftig auch deutschsprachige und slo-

wakische Fakultäten, beziehungsweise Lehrstühle neben den ungarischen Fakultäten errichtet werden sollen.⁴⁶ (Leider war den die Idee der Errichtung von Fakultäten oder Lehrstühlen mit slowakischer Unterrichtssprache – im Hinblick auf die Stärke der slowakischen Bevölkerung des „Oberlandes“ – in den vorangehenden Jahren, zur Zeit des dualistischen ungarischen Regimes gar nicht aufgegangen.) – Das Memorandum blieb wahrscheinlich ohne Antwort, wir konnten wenigstens bisher keine Hinweise darauf ausfindig machen.

Am 22. August wurden alle Preßburger Pädagogen, ob von staatlichen, ob von konfessionellen Schulen, die bis zu dieser Zeit durch die tschechisch-slowakische Regierung nicht übernommen waren, mit der Unterzeichnung des Ministers Šrobár auf den Namen lautend entlassen. Zu denselben gehörten auch sämtliche Angestellten der ungarischen Universität. Der Minister, unter Berufung auf die Wohnungsnot, ordnete auch die Landesverweisung der ungarischen Staatsbürger an. Der Schupan Samu Zoch war mit den Entlassungen nicht einverstanden und dankte von seinem Posten ab.⁴⁷ (Die Abdankung wurde am 31. August angenommen.)

An der Sitzung des Universitätsrates vom 26. August berichtete Polner über die Anordnung Šrobár's über die Verweisung der ungarischen Staatsbürger, mit der Bemerkung er würde sich in dieser Angelegenheit „bei der neuen ungarischen Regierung“ telefonisch vorsprechen und zugleich Šrobár ersuchen, damit die Lehrer bis 30. August ihre Stellen beibehalten dürfen. Er berichtete ferner über seinen Entschluß, daß „die Stiftungen Polner und Degré von der Preßburger Universität nach Pest verlegt werden.“⁴⁸ Polner änderte seinen Standpunkt, indem er sich dahingehend äußerte, daß die Lehrer der juristischen Fakultät an ihren Posten bleiben sollen, falls in dies die tschechoslowakische Regierung einwilligt.

Die Ratsmitglieder intervenierten bei Masaryk, dem Ministerpräsidenten Tusar, Drtina, sowie Šrobár und beantragten, daß es den entlassenen Angestellten gestattet wird, bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages in Preßburg zu bleiben, ihre Wohnungen beizubehalten und ihr Hab und Gut wegzubefördern. Bezüglich des Vermögens der Erzsébet-Universität betonte man den Vorbehalt der Rechte der ungarischen Regierung.⁴⁹

Am 6. September entsandte die Stadt Preßburg eine große Delegation mit Anteilnahme der Vertreter der Universität nach Prag zu dem Präsidenten Masaryk und dem Minister für Unterricht. Der Präsident erklärte – unter Hinweisung auf seine im Mai gemachte Zusage – wohlwollend: „Was versprochen wurde, muß auch eingehalten werden...“

Nach der Feststellung des Universitätsrates am 15. September 1919 waren die Lehrer der philosophischen und der medizinischen Fakultät nicht willig, in Preßburg zu bleiben, da dieselben – vor allem die Ärzte – in Budapest günstig unterkommen konnten. Den Lehrern der juristischen Fakultät hatte Polner dagegen angeraten möglicherweise an ihren Posten zu bleiben, „da sonst, falls sie wegziehen, in Budapest ihnen vorgeworfen werden könnte, warum sie nicht geblieben sind, obwohl sie dazu die Möglichkeit hatten...“ der Minister hatte die weitere Zuweisung der Gehälter versprochen.⁵⁰

Die Übergabe der Universitätsgebäude wurde durch das Ministerium in Prag auf den 22. September anberaumt.⁵¹ Der Rektor Béla Fenyvessy protestierte bei der aus Prag eingetroffenen Kommission gegen die Übernahme, er hielt dies für völkerrechtswidrig. Demnach ging die Kommission jedoch unverzüglich an die Inbesitznahme eines Teils der Gebäude, was man am 25. September beendete. Dabei wurden die medizinische Fakultät das Krankenhaus, die Kliniken, das Rektorenamt und die Quästur übergeben.⁵² Die Übernahme der Universitätsbibliothek erfolgte erst am 10. Oktober.

Im Oktober, nach Eintreffen des Universitätsprofessors Otokar Sommer in Preßburg, Beauftragter des Ministeriums für das Schulwesen in Prag, traf die Lehrer der juristischen Fakultät eine Überraschung: Sommer teilt dem Dekan Kovács mit, daß die Fakultät ihre Tätigkeit noch über drei Studienjahre lang fortsetzen werde. Nach einigen Tagen trafen zwei Bescheide aus dem Ministerium ein.⁵³ Im ersten (unter Geschäftszahl 45 286/1919, datiert vom 20. Oktober 1919) wird „bezüglich der Regelung der Statusverhältnisse der juristischen Fakultät“ dem Dekan mitgeteilt, daß die Leitung der juristischen Fakultät vom Minister für Schulwesen übernommen und die Fakultät dem Ministerium in Prag direkt unterstellt wird. Zugleich wurde die Bestellung des Dekans Kiss für die Dauer des Studienjahres 1919–20 bestätigt. Die Fakultät wird bis Ende des Studienjahres 1921–22 ihre Tätigkeit fortsetzen, die Aufnahme neuer Studenten ist jedoch nicht gestattet. Der Abschluß der Studien ist nur für tschechoslowakische Staatsbürger möglich, soweit sie das Studienjahr 1918/19, sowie die darauffolgenden Studienjahre ordnungsmäßig abgeschlossen haben. Die Professoren und die Privatdozenten (einschließlich der beiden von der philosophischen Fakultät übernommenen Professoren) erhalten im Sinne des Gesetzes Nr. 571/1919 ihre Gehälter und die Teuerungszulage. Der Unterricht hat nach den bisherigen Vorschriften seinen Fortgang zu nehmen, jedoch unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse. Die Bildungsanstalt darf ihren Betrieb als eine eigenständige Fakultät der Universität fortsetzen. Die durch die Fakultät gefaßten Resolutionen und Eingaben sind auch in deutscher Übersetzung zu verfertigen. Durch den zweiten Bescheid (Nr. 47 287/1919) wurde der Studienplan für das Studienjahr 1919/20 bestätigt. Die neue Lage wurde an der außerordentlichen Sitzung des Fakultätsrates vom 30. Oktober 1919 in Anwesenheit von Dekan Kiss sowie von Polner, Kérészy, Finkey, Pázmány, Bozóky und Tuka (als Protokollführer) verhandelt. Das Protokoll wurde in ungarischer und deutscher Sprache aufgenommen.⁵⁴

Der Rat ließ eine Bekanntmachung veröffentlichen, in welcher er der Öffentlichkeit mitteilte, daß „die Vereinbarung“ wonach „unsere Fakultät der Wissenschaften als eine ungarische Universitätsfakultät für die Dauer von drei Jahren vom 1. Semester des Studienjahres 1919/20 an, d.h. bis zur Beendigung des Studienjahres 1921–22 die Lehrtätigkeit fortsetzt, ... auch zur Zeit in Kraft ist.“⁵⁵ Man betrachtete den Bescheid des Ministeriums für Schulwesen als eine Vereinbarung und man ließ unberücksichtigt, daß die Fakultät dem tschechisch-slowakischen Ministerium unter-

tellt war, daß also es dem Minister frei steht, seine Verfügungen als Aufsichtsbehörde etwa zu ergänzen oder abzuändern.

Das Rektorenamt der Komenský-Universität verständigte sich schriftlich mit der ungarischen juristischen Fakultät über den Quästor.⁵⁶

Die Vorlesungen gingen mit unverändertem Lehrstoff vonstatten. Vor allem Polner hielt in seinen Vorlesungen über das Verfassungsrecht lediglich die bisherige offizielle ungarische Auffassung vor Augen, er hatte die veränderten staatsrechtlichen Verhältnisse gar nicht behandelt. In der slowakischen Presse und den juristischen Fachblättern übte man im Laufe des Jahres 1920 vor allem gegen Polner Kritik, daß er „gegen die Interessen der Republik hetzt.“ Professor Sommer, der vom Minister für das Schulwesen in Prag der Organisation der Komenský-Universität beauftragt wurde, verlangte am 29. April 1920 diesbezüglich eine Erklärung. Polner äußerte sich dahin, er behandle das Staatsrecht unter Anwendung der rechtsvergleichenden Methode; bei den Rigorosa werde nur aus dem ungarischen Verfassungsrecht geprüft, da das tschechisch-slowakische Staatsrecht in ungarischer Sprache noch nicht veröffentlicht worden sei⁵⁷ — was sonst auch der Wahrheit entspreche.

Die Professoren der juristischen Fakultät, soweit sie nach Errichtung der Tschecho-Slowakischen Republik bis zur Aufhebung der Fakultät an Ort und Stelle die Lehrtätigkeit fortführten, haben dies mit der mentaler Reservation getan, bis zur Entscheidung des Friedenskongresses ihre Posten zu behalten, indem sie erhofften, daß die Stadt wieder mal an Ungarn zurückgelangen werde. Als sie jedoch sahen, daß sich die Lage nicht erwartungsgemäß entwickelte, äußerte sich eine Anzahl der Lehrer dahin, sie seien nicht willig, dem tschechoslowakischen Staat Dienst zu leisten. Zum Beispiel Professor Albert Kiss, der im Studienjahr 1919–20 die Würde des Dekans trug, dankte im Juni 1920 von seinem Katheder ab, und kündigte an, er werde nach Abschluß des Studienjahres nach Ungarn wegziehen. Er begründete sein Vorhaben damit, er verbrachte infolge der falschen Anzeige eines bezahlten Agenten fünf Wochen in Untersuchungshaft, u. z. wegen nicht begangenen Landesverrats, und als er sich nach seiner Entlassung zu einer Lehrtätigkeit für die Dauer von weiteren drei Jahren verpflichtete, war er in der Vermutung, daß Preßburg durch die Entscheidung des Friedenskongresses für Ungarn zugesprochen werden würde. Diese geschah nicht und er sei nicht willig, einem fremden Staat Dienst zu erweisen, er besitze in Ungarn ein Landgut und er wolle dort leben. Das tschechoslowakische Ministerium für Schulwesen erteilte am 5. Juli 1920, unter Gz. 36 302–920, zum Wegzug von Kiss seine Einwilligung.⁵⁸

Der hauptsächliche Grund für die erwähnte Verlängerung des Lehrbetriebes lag darin, daß die Professoren der juristischen Fakultät der Preßburger Komenský-Universität, da es regimetreue Lehrer slowakischer Nationalität kaum gab, von den Lehrern der Prager Karl-Universität ernannt werden mußten. Zu gleicher Zeit wurde aber die juristische Fakultät der ebenfalls neuen Masaryk-Universität in Brno (Brünn) eröffnet und man hatte zunächst dieselbe mit einer entsprechenden Zahl von Lehrkräften zu versehen. Deshalb hatte man in Prag vor, daß sich die Abiturienten in

der Slowakei bis Oktober 1922 an der Prager Fakultät einschreiben lassen, dabei die in Preßburg an der ungarischen Fakultät bereits eingeschriebenen Studenten ihre Studien absolvieren sollten, inzwischen die Professoren der neuen juristischen Fakultät in Bratislava aus der Reihe der in Prag habilitierten Privatdozenten ernannt werden sollten. Diese Lösung wurde jedoch durch die slowakische Öffentlichkeit, vor allem durch die Juristen nicht akzeptiert. Man beanstandete, daß die Eröffnung einer tschechisch-slowakischen juristischen Fakultät nach der Gründung der Komenský-Universität hinausgezögert wird und die ungarische Lehrtätigkeit durch dieselben Professoren ihre Fortsetzung findet, die ihre gegen die Tschechoslowakische Republik gehegte Gesinnung mehrmals zum Ausdruck gebracht hatten. Bei den Gerichten und den Staatsverwaltungsorganen in der Slowakei gab es sozusagen keine slowakischen Juristen. Das Gros der slowakischen Jugend, soweit sie sich für den Beruf eines Juristen entschied, wollte ihre Studien in Preßburg absolvieren. Deshalb wurde die Entscheidung des Ministeriums für Schulwesen bezüglich der Verlängerung der Tätigkeit der ungarischen Fakultät öffentlich kritisiert, vortrefflich seitens der slowakischen Rechtsanwälte, aber auch der übrigen Juristen u. z. über den slowakischen Juristenverband und die Presse. Die slowakischen Politiker haben ebenfalls protestiert. Als es in Verbindung mit den sehr gespannten innenpolitischen Verhältnissen erneut zu Polizeiaktionen gekommen war, boten diese auch dafür einen Anlaß, daß die Professoren der ungarischen juristischen Fakultät kompromittiert und zum Wegzug gezwungen werden. Am 15. April 1920 wurden Dekan Kiss, Tuka und der Professor der Philosophie Lukinich durch die Staatspolizei interniert, laut des Sitzungsprotokolls des Fakultätsrates „aus unbekanntem Grunde“. (Dok. band 22, Gz. 147/1919–20).

An der Sitzung vom 15. April 1920 des Fakultätsrates wurde beschlossen, eine Petition an das Ministerium für Schulwesen in Prag zu richten, in dem um Beistand für die Internierten ersucht wird. An der Sitzung vom 7. Mai wurde festgestellt, daß die Eingabe unbeantwortet blieb und einem Verlaut nach von Šrobár's Ministerium die Internierung durch die Militärbehörden angeordnet worden sei. (Die Militärdiktatur war noch verhängt.) Eine zweiköpfige Delegation wurde nach Prag entsandt, die dem Fakultätsrat binnen kurzem darüber berichtete, daß – nach Behauptung des Ministers Drtina – ein Staatsstreich in Bratislava und den anderen Städten der Slowakei durch ungarische Agenten vorbereitet worden wäre, man wollte die slowakischen Regierungsstellen gewaltsam beseitigen und in diese Angelegenheit seien auch die internierten Professoren verwickelt worden. Es wäre lediglich den Präventivmaßnahmen zu verdanken, daß das Umsturzvorhaben gescheitert war. Soweit es zu weiteren staatsfeindlichen Aktionen kommen würde, würde gegen die Internierten strengstens vorgegangen. Drtina sei dabei, Šrobár um weitere Informationen zu ersuchen.⁵⁹

Die Militärdiktatur wurde von dem Militärorgan im Einklang mit Šrobár durchgeführt, sie organisierten jedoch ihre Maßnahmen selbständig: es ist nicht ausgeschlossen, daß diejenigen, denen das Fortwirken der

Tabellen

I.

Verzeichnis der Vorlesungen mit den pro Semester vorgeschriebenen wöchentlichen
Stundenahlen

Lehrfächer	1914/15		1916/17		1920/21		Reformvorschlag:			
							WS		SS	
	V	S	V	S	V	S	V	S	V	S
Verfassungs- und Rechts- geschichte	5	—	5	1	5	—	4	—	4	—
europ. Rechtsgesch.	4	—	—	—	—	—	4	—	4	—
römisches Recht	8	—	8	—	8	1	5	—	5	—
Kirchenrecht	8	—	8	—	8	1	5	—	5	—
Rechtsphilosophie	5	2	5	2	5	2	4	—	4	—
öffentl. Recht	5	—	5	—	5	—	5	—	5	—
Politik	5	1	8	1	5	1	5	—	5	—
Verwaltungsrecht	4	—	4	1	4	1	5	—	5	—
Finanzwesen	4	—	4	—	4	—	3	—	—	—
Ökonomie	5	—	4	2	5	1	4	—	4	—
Zivilrecht, ung.	5	—	5	1	5	1	5	—	5	—
Zivilrecht, österr.	5	—	2	—	—	—	—	—	—	—
Zivilprozessrecht	5	—	5	1	5	—	5	—	5	—
Handels- und Wechsell.	5	—	5	—	5	—	5	—	5	—
Strafrecht und Straf- prozeßordnung	—	—	6	3	5	2	5+5	—	5+5	—
Völkerrecht	—	—	4	—	—	—	4	—	4	—
Wirtschaftsgeschichte...	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
hist. Hilfswissensch.	4	—	4	—	—	—	—	—	—	—
Psychologie	4	1	4	1	—	—	—	—	—	—
Ethik u. Geschichte	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—
Kriegsrecht	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
staatl. Buchführung	—	—	3	—	3	—	—	—	—	—
Statistik	—	—	1	—	—	—	4	—	—	—
Bergbaurecht	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—
Beweisführung im Zivil- prozeß	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Verwaltungs-Gerichtsbar- keit	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Konkursverfahren	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pönologie, Strafrecht der Minderjährigen	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—
Fremdsprachen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wirtschaftstheorie	—	—	—	—	—	—	4	—	4	—

WS = Wintersemester

SS = Sommersemester

V = Vorlesungen

S = Seminarien

ungarischen juristischen Fakultät nicht genehm war, beeinflussten die der italienischen Befehlsgewalt unterstellten tschechischen Offiziere und auf diese Weise wurden die Professoren in die Liste der Internierten mit aufgenommen. Tuka und Lukinich waren am 11. Mai freigesetzt, Kiss war bis Ende Mai interniert, bzw. in Untersuchungshaft.

II.

Die Hauptkollegien wurden von den Studenten im allgemeinen in folgender Reihenfolge aufgenommen

1. Semester	2. Semester	3. Semester	4. Semester	5. Semester	6. Semester	7. Semester
Einführ. in die Rechtswissenschaft: 2	römisch. Recht: 8	Rechtsphilosophie: 6	Zivilr.: 5	Strafr.: 5	Strafverfahrensrecht: 5	Politik: 5
römisch. Recht: 8	mittel-europ. Rechtsgesch.: 7	National-wirtschaft.: 5	öffentl. Recht: 6	Strafverfahrensrecht: 5	Strafrecht: 5	Verwaltungsrecht: 4
Rechtsgesch.: 5		Zivilr.: 5	Finanzwesen: 4	Handels- u. Wechselrecht: 6	Zivilverfahrensrecht: 5	Kirchenrecht: 7
			Völkerrecht: 3	österreich. Zivilr.: 6	Statistik: 4	Finanzwesen: 4

III.

Studienjahr	Semester	Stärke der Studentenschaft insg.	Davon:		Jahrgang I	wohnhaltig in Preßburg	Zugang aus anderen Bildungstätten	Zugang aus Bildungstätten in Österreich	Jahresdurchschnitt
			ordentliche	ausserord.					
1914/15 dd	Winter Sommer	212 200	189 186	23 14	71 —	80 61	130 139	2 —	206
1915/16	Winter Sommer	147 127	147 127	— —	47 —	40 30	106 107	1 —	137
1916/17	Winter Sommer	152 152	119 121	33 31	72 —	35 33	113 116	4 3	152
1917/18	Winter Sommer Ersatzjahrgang der Wehrpf.	215 216 177	194 189 171	21 27 6	40 — 65	150 164 80	63 50 96	— — —	215 — 177
1918/19	Winter Sommer Ersatzjahrgang der Wehrpf.	371 176 43	321 158 41	50 18 2	70 — —	79 89 —	292 87 —	— — —	263 — 43
1919/20	Winter	163	158	5	50				163
1920/21	Winter Sommer	155 109	148 100	7 9	50				132

Unter dem Druck der slowakischen Öffentlichkeit änderte das Ministerium für Schulwesen seinen früheren Standpunkt. In Prag wurden die Habilitationen beschleunigt und die ersten drei ordentlichen und drei außerordentlichen Professoren hatten im Juni 1921 bereits ihre Ernennung, die als Mitglieder des Fakultätsrates der slowakischen juristischen Fakultät in Bratislava, an ihrer ersten Sitzung am 21. Juni 1921 in Prag den Minister für Schulwesen darum ersuchten, die ungarische Fakultät ab sofort aufzuheben. Die einschlägige Verordnung wurde durch den Ministerrat in Prag am 11. August 1921 verabschiedet und am 20. August unter Nr. 276/1921 im Amtsblatt verkündet. Der Inhalt der Verordnung wurde von Quästor der Komenský-Universität am 21. August 1921 dem Dekan Géza Bozóky mitgeteilt und am 6. September erschienen der Dekan und der Prodekan der juristischen Fakultät der Komenský-Universität, sowie der Kanzleidirektor in seinem Amtsraum, sie legten die erwähnte Verordnung vor und forderten Bozóky auf, das Dekanat, ferner sämtliche Schriftsätze, Geschäftsbücher und Aufrüstungsgegenstände sofort auszufolgen. Der ungarische Dekan protestierte dagegen, er berief sich darauf, daß die Existenz der ungarischen Fakultät in Preßburg in den früheren Protokollen bis zum 31. Juli 1922 ausdrücklich garantiert wurde. Sein Protest blieb jedoch ohne Erfolg und die Tätigkeit der ungarischen juristischen Fakultät in Preß-

Statistisch erfaßt						Staatsangehör. nach 1918		Zahl der			abs. Prüfung		Zahl der absolvierten Prüfungen	
Muttersprache			Nationalität					Grundprüfung			Staatsprüfung		Rigoroza	
ung.	deut.	slow.	ung.	deut.	slow.	tseh. slow.	sonstige	I	II	III	Staats wiss.	Rechts wiss.	Staats- wiss.	Recht- sw.
172	12	5												
172	8	7						71	75	55	9	9	4	—
147	—	—												
125	2	1						17	22	19	3	—	—	—
143	7	2												
137	11	1												
204	8	2												
365	15	13												
351	13	7												
202	8	9												
								71	89	89	4	—	143	123
								69	85	97	9	—	203	273
			119	9	27	153	2							
			88	7	14	107	2							

burg wurde durch die Vornahme der Übergabe, bzw. der Übernahme nach siebenjährigem Bestehen im Früherbst des Jahres 1921 beendet.⁶⁰

Der obige – wegen Umfangsmöglichkeiten lediglich kurz gefaßte – Überblick der stürmischen Geschichte der ungarischen Univeristät in Preßburg konnte selbstverständlich nicht mit dem Anspruch auf Vollständigkeit verfaßt werden. Im Staatlichen Zentralarchiv der Slowakei liegen Abertausende von Schriftstücken über die Erzsébet-Universität der Wissenschaften in 30 großen Dokumentenschachteln vorfindlich und die allumfassende Bearbeitung der in Verbindung mit der Universität anderswo befindlichen Quellenmaterialien bedürfen wohl einer Monographie.

IV.

Verteilung der studentenschaft nach muttersprachen in der zeit zwischen 1914 – 19

Studienjahr und Semester	Gesamt- stärke der Studenten	Muttersprache			Herkunftsland	
		ung.	deutsche sonstige		aus dem tschech. besetzten Gebiet	aus den übrigen Gebieten
1914/15 I	189	172 (91%)	12 (6,3%)	5 (3,7%)	116 (61%)	73 (39%)
1914/15 II	186	171 (92%)	8 (4,3%)	7 (3,7%)	112 (60%)	74 (40%)
1915/16 I	147	147 (100%)	—	—	88 (59%)	59 (41%)
1915/16 II	128	125 (99%)	2 (0,6%)	1 (0,4%)	79 (61%)	49 (39%)
1916/17 I	152	143 (94%)	7 (4,5%)	2 (1,5%)	86 (56%)	66 (44%)
1916/17 II	152	7 (90%)	11 (7,2%)	1 (2,8%)	89 (58%)	63 (42%)
1917/18 I	215	204 (95%)	8 (3,7%)	2 (2,3%)	119 (55%)	96 (45%)
1917/18 II	419	391 (93%)	15 (3,6%)	13 (3,4%)	217 (51%)	202 (49%)
1918/19 I	462	437 (94%)	13 (3,1%)	7 (2,9%)	291 (63%)	171 (37%)
1918/19 II	266	249 (93%)	8 (3,0%)	9 (4,0%)	191 (71%)	75 (29%)
1914/15 bis 1918	2316	2176 (94%)	84 (3,6%)	56 (2,4%)	1388 (59%)	928 (41%)

BEMERKUNGEN

¹ In der unmittelbar nach Deák's Tod verfaßten Denkschrift beantragt der Lehrerkorps im Februar 1876, daß die im Lande bald zu errichtende neue Universität „den Namen von Ferenc Deák trägt und zwar in der Stadt, wo der Weise des Vaterlandes sein gesegnetes Werk begonnen hatte.“ Historischer Rückblick. Almanach der Preßburger ung. königl. Erzsébet-Universität der Wissenschaften für die Jahre 1914–1918, S. 3–7.

² Bezüglich dieser Lehranstalt siehe: Mihály Császár: „Die Academia Istropolitana, die Pressburger Universität des Königs Matthias.“ Mit einem Archiv. Pressburg, 1914:

³ Die Rechtsakademie wurde in Nagyszombat errichtet, im Jahre 1777, an die Stelle der nach Buda verlegten Universität, im Jahre 1784 jedoch, als die Universität von Buda nach Pest übersiedelte, wurde die Akademie von Nagyszombat nach Preßburg verlegt und betätigte sich bis zu ihrer Einstellung im Jahre 1914 dort. Tivadar Ortway: „Hundert Jahre aus dem Leben einer einheimischen Hochschule“ (Száz év egy hazai főiskola életéből). Budapest. 1884, S. 6–7 sowie: Sándor Varga: „Die Pressburger Rechtsakademie im Zeitalter des Absolutismus und des Dualismus (1850–1914)“ (A pozsonyi jogakadémia az abszolutizmus és a dualizmus korában, 1850–1914). Rechtshistorische Studien III, redigiert von Andor Csizmadia, Bp., 1974, S. 238, sowie Varsik, B. – Bartl, J. – Dolan, O.: „50 Jahre Komenský-Universität in Bratislava 1919–1969“, Bratislava, 1969, S. 24–26 und 31–32.

⁴ Die aus 7 Paragraphen bestehende Gesetzentwurf wurde vom Abgeordnetenhaus am 5. Juni, vom Magnatenhaus am 17. Juni einstimmig verabschiedet. Auf die Einzelheiten der interessanten Parlamentsdebatte von hohem Niveau wird hier aus umfangsbedingten Gründen nicht eingegangen.

⁵ Budapesti Közlöny, 19. November 1912.

⁶ Bei der Zusammenfassung der vorangehenden Ereignisse haben wir uns – außer der obzitierten Werke – vorwiegend auf den ministeriellen Motivenbericht zum Gesetzartikel XXXVI vom Jahre 1912, sowie auf die Verfügungen desselben Gesetzes, desgleichen des Gesetzartikels XIX vom Jahre 1872 und teilweise auf das Werk von Lukinich, in dem auch die Vorgeschichte der Universitätsgründung in Pressburg behandelt wird, gestützt. Imre Lukinich: Die Geschichte der Universitätsgründung (Az egyetem alapításának története), Pécs (Fünfkirchen), 1933. Siehe hiezu auch Pál Szabó: Die ung. königl. Erzsébet-Universität der Wissenschaften und ihre literarische Tätigkeit (A m. kir. Erzsébet tudományegyetem és irodalmi munkássága), Pécs (Fünfkirchen), 1940.

⁷ Mit der Verordnung des Kultus- und Unterrichtsministeriums vom 12. März 1914 wurden vom Abschluß des Studienjahres 1913–14 an „sämtliche Lehrer und das sonstige Personal der Pressburger Rechtsakademie zur Disposition gestellt“. Sándor Varga: a. W., S. 250. – Die eingestellte Akademie wurde durch einen Regierungsbeauftragten liquidiert. Das Archiv war teilweise von der neuen juristischen Fakultät übernommen worden. – Die bedeutendste Stiftung zur materiellen Unterstützung der Studenten stammte vom Rechtshistoriker Ignác Kossutánv, dem ehemaligen Akademielehrer (zu dieser Zeit war er bereits Professor an der Klausenburger Universität). Štátny slovenský ústredný archív – Zentralarchiv der Slowakei, Bratislava, Dokumente der Erzsébet-Universität (im weiteren: EE), Fach I, Nr. 11/1914–15.

Es sei bemerkt, daß die bisherigen Werke, die die Geschichte der Erzsébet-Universität behandeln, die im Staatlichen Zentralarchiv der Slowakei – Štátny slovenský ústredný archív, Bratislava – aufbewahrte reiche Fülle von Unterlagen unberücksichtigt ließen. Ich zolle Dank den zuständigen Mitarbeitern des Archivs, die mir die archivarisches Forschung ermöglichten. Diese Arbeit wurde eigentlich bereits von Martin Viator, Professor der Rechtsgeschichte an der Komenský-Universität, einige Jahre vor seinem im Jahre 1978 erfolgten Tode angefangen. Mit aufrichtiger Dankbarkeit habe ich unseren vorzüglichen slowakischen Kollegen in Erinnerung, der während seines Aufenthaltes in Budapest meine Aufmerksamkeit auf die Bearbeitung der Universitätsgeschichte gelenkt, mich in dieser meinen Arbeit beraten, mir seine Aufzeichnungen bekannt gemacht hatte, unter deren Kontrolle und Ergänzung ich dann meine eigenen Forschungen machte, wobei ich noch auch eine große Anzahl von anderweitigen Materialien durchstudierte. Jedoch – obwohl unsere Auffassung von der Universitätsgeschichte nicht in jedem Belange übereinstimmte – hätte dieser kleine Aufsatz ohne die Inspiration und die kollegial-freundliche Unterstützung vom Professor Viator wohl kaum zustande kommen können:

⁸ Ebenda. Nr. 14/1914–15. Laut des Protokolls der Eröffnungs-Vollversammlung bestand der Lehrerkorps aus folgenden Personen: der Rektor und Dekan Dezső Falcsik, der Prorektor Zoltán Kérészy, die öffentlich-ordentlichen Professoren Ödön Polner, Zoltán Pázmány, Antal Hodinka, Albert Kiss, Károly Balás, Géza Bozóky, Mihály Bochkor, István Ereky, Béla Tuka, sowie die öffentlichen außerordentlichen Professoren Lajos Degré und Gyula Kornis.

⁹ Mangels einer Universitätsaula wurde die Feierlichkeit im Spiegelsaal vom Primaspalast begangen. Von der Eröffnung der Universität wurden nicht nur die einheimischen Universitäten verständigt, von denen vor allem die österreichischen, deutschen und polnischen Universitäten die neue Universitas schriftlich begrüßten. EE, Fach 6, Nr. 11 3/1916–17.

¹⁰ EE, Fach 10. Nr. 462 und 527/1917–18. — An der medizinischen Fakultät wurden die Vorlesungen erst im September 1918, nach der Erweiterung des staatlichen Krankenhauses begonnen. — Die Eröffnung einer mathematisch-naturwissenschaftlichen und landwirtschaftlichen, also der vierten Fakultät wurde am 29. August 1918 durch den Universitätsrat in einem Vorlagebericht beim Minister für Kultus und Unterricht beantragt. Wegen der binnen kurzem eintretenden Ereignisse war es zu dessen meritorischer Verhandlung nicht mehr gekommen.

¹¹ Gemäß Artikel 79 und 80 „der mit dem allerhöchsten Entschluß seiner kaiserlichen und apostolischen königlichen Majestät vom 25. Juli 1914, aus Bad-Ischl bestätigten Statuten über die Organisation, sowie die Studien- und Prüfungsordnung der ung. königl. Universitäten der Wissenschaften in Debrecen und Pressburg“ wurde Dezső Falcsik, öffentlich-ordentlicher Professor, am 28. August 1914 zum Dekan ernannt, zugleich auch mit dem Aufgabenkreis des Rektors ausgestattet. EE, Fach 1, Nr. 1/1914–15, siehe auch G. A. XXXVI vom Jahre 1912, Artikel 5.

¹² Die Rektoren, beziehungsweise die Dekane der Juristischen Fakultät waren: Rektor und Dekan für das Studienjahr 1914/15: Falcsik, für 1915/16: Polner, für 1916/17: Kérészy, für 1917/18: Finkey, für 1918/19: Rektor: Polner, Dekan: Kovács, für 1919/20: Rektor: Fenyvessy (medizinische Fakultät), Dekan: Kiss, für 1920/21: Rektor und Dekan: Bozóky.

Von den Professoren der medizinischen Fakultät trug man nur einmal, im Studienjahr 1919/20 die Würde des Rektors. Gegen die Wiederwahl Polners zum Rektor für das Studienjahr 1918/19 hatte Béla Tuka, in der Eigenschaft als Mitglied des Universitätsrates Bedenken, unter der Berufung, daß die neue medizinische Fakultät auf die Rektorwürde berechtigterweise Anspruch erhebe. Trotzdem hat das Ministerium die Wahl des Juristenprofessors Ödön Polner bestätigt. EE, Fach 10, Nr. 1000/1919–20; ebenda das Sitzungsprotokoll des Universitätsrates vom 8. Juni 1918.

¹³ Béla Tuka, sein slowakischer Name: Vojtech Tuka, 1880–1946. Im Oktober 1920 dankte er vom Posten des Prodekan ab. Im Juli 1921 beantragte er im tschechoslowakischen Ministerium für Schulwesen, daß er an die juristische Fakultät der Komenský-Universität zum Professor ernannt wird, u.z. unter Berufung auf seine slowakische Nationalität, Qualifikation und Praxis. Da er zu dieser Zeit bereits als exponierter Anhänger des slowakisch-klerikal-chauvinistischen Andrej Hlinka galt, wurde sein Antrag abgewiesen. Er hat auch die Einladung der Universität von Pécs (Fünfkirchen) nicht angenommen. Vielmehr hat er sich der politischen Laufbahn gewidmet und sein erster politisch-juristischer Aufsatz den er auf Antrag von Hlinka verfaßte, war im Jahre 1921 unter dem Titel: Návrh zákona o autonómii Slovenska (eine Gesetzesvorlage über die Autonomie der Slowakei), in Ružomberok (Rózsahegy, Rosenberg) erschienen. In der Zeit von 1939 bis 1944 war er, als Unterhändler des faschistischen Deutschlands, Ministerpräsident des von Jozef Tiso geführten klerikal-faschistischen Slowakischen Staates. Nach der Befreiung, im Jahre 1946 wurde er als Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen das Volk zum Tode verurteilt und hingerichtet.

¹⁴ Wurde im Jahre 1911 eingeführt. Die Lehrgegenstände der Staatsprüfung waren: ungarisches und österreichisches Privatrecht, materielles Strafrecht und Strafverfahrensrecht, Handels- und Wechselrecht, Zivilprozeßrecht, Verwaltungsrecht, Finanzwesen.

¹⁵ Die Prüfungsgegenstände waren: Politik, Verwaltungsrecht, außerprozeßuales Recht, Grundbuchordnung, Strafrecht, Übertretungsverfahren und polizeiliches Strafverfahren, Finanzwesen, Finanzübertretungen, Kirchenrecht (kirchliche Organisation und administrative Vorschriften), Statistik.

¹⁶ In den EE-Materialien vorfindlichen statistischen Aufstellungen: Fasc. 18, Nr. 1060/1918–19, die für Drtina und Štefánek zusammengestellten Statistiken (11. 6. 1919);

Fasc. 24, Nr. 323/1920–21, Fasc. 25, Nr. 60/1920–21, sowie Nr. 210/1920–21, diese wurden aufgrund von Prüfungsergebnissen, Immatrikulationslisten usw. zusammengestellt.

¹⁷ EE, Fasc. 17, Nr. 1060/1918–19. Ausweis über die Studenten der Pressburger Universität nach Muttersprache und Herkunft.

¹⁸ Frauen durften nur in die philosophische und die medizinische Fakultät aufgenommen werden. — Die Zulassung der Studien für Frauen an den juristischen, bzw. den sämtlichen „profanen“ Fakultäten: Verordnung des Kultus- und Unterrichtsministeriums Nr. 206626/1918, über die Aufnahme von Frauen in die Universitäten (7. Dez. 1918, zur Zeit der Károlyi-Regierung), Rendeleték Tára (Verordnungsblatt), 1918, Band III, Nr. 2878 und EE, Fasc. 9.

¹⁹ EE, Fasc. 9, Nr. 186/1917–1918.

²⁰ Ödön Polner: „Die neuen Universitäten und die nationale Kultur.“ (Az új egyetemek és a nemzeti kultúra). Von diesem Standpunkt heraus beantragte Professor Ferenc Kováts im Jahre 1916, daß „eine Professur für ungarischen Literatur an der juristischen Fakultät gegründet wird, da es in Pressburg, am Berührungspunkt mehrerer Nationalitäten, weitaus notwendig ist.“ Der Antrag war durch den Fakultätsrat angenommen und dem Minister vorgelegt worden. EE, Fasc. 6, Nr. 18/1916/17.

²² EE, Fasc. 16, Nr. 652/1918–19.

²³ Zum Beispiel: EE, Fasc. 16, Nr. 770/1918–19. Die Resolution der Juristischen Fakultät vom 10. Dez. 1918 über die Habilitation von D. Laky wurde durch den Erlaß des Kultus- und Unterrichtsministeriums vom 4. März 1919 Nr. 45224/1919 V. bestätigt. EE, Fasc. 18, Nr. 583/1918–19.

²⁴ Es waren anwesend: Rektor Polner, Prorektor Kováts, Finkey (in Vertretung des Dekans der juristischen Fakultät), sowie Fenyvessy in Vertretung der medizinischen, Hodinka und Princ in Vertretung der philosophischen Fakultät. EE, Fasc. 17, Nr. 652/1918–19. Die Sitzung wurde am 6. und 8. Jan. 1919 fortgesetzt. Ihr Protokoll befindet sich unter Nummer 663/1918–19, Fasc. 17.

²⁵ Jankó war der Sekretär des Pressburger ungarischen Nationalrates und zugleich Sekretär auch des inzwischen weggezogenen Obergespanns und in dieser Eigenschaft blieb er provisorisch der tatsächliche Leiter der Komitatsverwaltung, er hatte seinen Amtssitz im Komitatshaus.

²⁶ EE, Fasc. 17.

²⁷ Die Erklärung Polners, die er im Hinblick auf die Vereinbarung abgegeben hatte, siehe in: Híradó, (Anzeiger) politisches Tagesblatt, Pressburg, 19. Febr. 1919. Országos Széchenyi Könyvtár, H. 10. 366. (im weiteren: Híradó).

²⁸ EE, Fasc. 16, Nr. 778/1918–19. Im Protokoll findet sich dieser Ausdruck: „wir bereiten keinen Empfang für die slowakischen Minister“.

²⁹ In der von Schupán Zoch unter Nr. 203–1919 an den Universitätsrat gerichteten und in den Zeitungen vom 29. Januar veröffentlichten amtlichen Schrift ist folgendes enthalten: „Die Universität wird am heutigen Tage geschlossen und sämtliche Vorlesungen an der Universität verboten. Dem Lehrerkorps der Universität ist jederlei Tätigkeit untersagt. Die Professoren der Universität dürfen sich in Pressburg nur als Privatpersonen aufhalten.“ Fasc. 20, Nr. 76/1918–19.

³⁰ Híradó, 31. Januar

³¹ Híradó, 6. Februar

³² Híradó, 9. Februar

³³ Híradó, 11., 14. und 16. Februar

³⁴ Híradó, 15. Februar. Die Abordnung war vom Mediziner Aladár Kreiker geleitet.

³⁵ Híradó, 19. Februar

³⁶ Šrobár-Dokumente. Erlaß von Prez. Nr. 1000/1919 befindet sich in EE, Fasc. 17, Nr. 779/1918–19. Die von Jehlička betriebene Tätigkeit war gering. Sie beschränkte sich auf die Übermittlung zwischen Šrobár's Ministerium und dem Rektorat, sowie auf die Anbringung des Vidi in den Sitzungsprotokollen des Universitätsrates. Die auf diese seine Tätigkeit Bezug habenden Schriftstücke wurden auf die Anordnung des Bezirksgerichts Olmütz (Olomouc) beschlagnahmt, im Laufe des gegen ihn wegen Separatismus und Hochverrats eingeleiteten Strafverfahrens. Die Schriftstücke waren an das Rektorat der Komenský-Universität unter Nr. V–VIII 823/20 zurückgesandt, wovon durch die Anweisung des Rektorats Nr. 2822/1922 unter den EE-Dokumenten in Fasc. 17, 1061/1918–19 hinterlegt wurden.

³⁷ EE, Fasc. 17, Nr. 915/1919

³⁸ EE, Fasc. 18, Nr. 807/1918–19

³⁹ EE, Fasc. 18, Nr. 819/1918/19. Die Anordnung des Ministers Šrobár an den Schupan, Nr. MPS 1131 admin. /1919, vom 5. März, die von Zoch auch der Universität mitgeteilt wurde, sucht gegen die Begehung vom 15. März mit einer eigenartigen Begründung einzuschreiten: „Da die ungarische Revolution von 1848 für die nicht ungarischen Völker des ehemaligen Königreiches Ungarn einen chauvinistischen Imperialismus, wodurch ihnen aller Naturrechte des Menschen beraubt worden sind, gebracht hatte“, und da die Feierlichkeiten dieser Art zu Zwischenfällen führen können, sind diese überall, ja sogar in den Kirchen strengstens verboten. Die zuwiderhandelnden Lehrer, Pfarrer und Beamten werden ihren Stellen entzogen und interniert, ja sogar eventuell strafrechtlich verfolgt.

⁴⁰ Das Namensverzeichnis der Internierten unter Nr. 1085/1918–19.

⁴¹ Híradó, 28. und 29. Mai

⁴² Siehe: „Die Geschichte Ungarns 1918–1945“ (Magyarország története 1918–1945), Chefred. György Ránki. Bp., 1976, S. 293–319.

⁴³ Híradó, am 6. Juni

⁴⁴ Prorektor Kornis wandte sich zwecks Entlassung von Polner, Pekár und anderen Personen bereits am 6. Juni an Drtina, der erwiderte (am 21. Juni), daß für die Angelegenheit wegen der Militärdiktatur das Militärbefehlsskommando zuständig sei. Der Oberst Brau dagegen wies Kornis zu Šrobár, Šrobár, Zoch und Ivánka (Referent für Imeres) betonten, es handle sich um eine militärische Aktion, keiner von ihnen wollte eingreifen. Fasc. 18, Nr. 1060 und 1074/1918–19. – Im Namensverzeichnis der nach Theresienstadt internierten 73 Studenten und 3 Adjunkten der medizinischen Fakultät bzw. Praktikanten (datiert vom 23. Juni) figurieren z.B. auch Emil Schulteis, Aladár Kreiker (der spätere berühmte Professor Kettesy), die Grafen József und Ferenc Pálffy usw. Fasc. 18, Nr. 1085/1918–19. Die Internierung dauerte 6 Wochen lang.

⁴⁵ EE, Fasc. 19, Nr. 1181/1918–19.

⁴⁶ Híradó, am 15. August.

⁴⁷ Híradó, 23., 28. und 29. August

⁴⁸ EE, Fasc. 19, Nr. 1232/1918–19, 1253/1918–19, sowie 1254/1918–19.

⁴⁹ Ebenda, Fasc. 19, Nr. 1227/1918–19, vom 23. August.

⁵⁰ Ebenda, Fasc. 21, Nr. 45/1919–20

⁵¹ Siehe die Depesche von Drtina, Fasc. 21, Nr. 55/1919–20.

⁵² EE, Fasc. 21, Nr. 45/1919–20. Die Bibliothek enthielt 77 932 Bände, darunter 8 Urtexte in Druckform, 111 Manuskripte. Den wertvollsten Teil bildete die als Sonderdepositum verwaltete ehemalige Jesuitenbibliothek. Siehe in: Emil Kunlich: Magyar Bibliofil Szemle. 1925, S. 128.

⁵³ Die beiden Ministerialerlasse 93 und 94/1919–20, in Fasc. 21.

⁵⁴ Ebenda, Fasc. 21, Nr. 108/1919–20

⁵⁵ Ebenda, Fasc. 21, Nr. 11/1919–20

⁵⁶ Ebenda, Fasc. 21, Nr. 162/1919–20

⁵⁷ EE, Fasc. 21, Nr. 19/1920–21.

⁵⁸ Ebenda, Fasc. 22, Nr. 147/1919–20, 194/1919–20, Fasc. 27; die Sitzungsprotokolle der Fakultät. – Das Schreiben des Professors Albert Kiss vom 7. Juni an den Minister in Prag, Fasc. 22, Nr. 195/1919–20. – Die Einwilligung des Ministers: ebenda, Nr. 247/1919–20. – Der Friedensvertrag von Trianon, auf den sich Kiss berief, wurde durch die Beauftragten der ungarischen Regierung am 4. Juni 1920 unterzeichnet, durch das Parlament am 13. November ratifiziert. Er trat am 26. Juli 1921 in Kraft (G. A. XXXIII vom Jahre 1921).

⁵⁹ Ebenda, Fasc. 23, Nr. 8/1920–21.

⁶⁰ Den einschlägigen Bericht des Dekans Bozóky siehe in: „Abschnitte aus der Geschichte der Universität von Pécs (Fünfkirchen)“ (Fejezetek a pécsi egyetem történetéből). Red. von Andor Csizmadia. Pécs (Fünfkirchen), 1980, S. 7. – Über den weiteren Werdegang der Erzsébet-Universität und deren juristischer Fakultät, deren provisorische Verlegung nach Pest und später – im Sinne des Gesetzartikels XXV vom Jahre 1921 vom Studienjahr 1923/24 an – nach Pécs (Fünfkirchen), sowie über ihren dortigen Betrieb geben die „Abschnitte...“ einen umfassenden Einblick.

LA FACULTÉ DE DROIT ET DES SCIENCES POLITIQUES DE
L'UNIVERSITÉ ERZSÉBET À POZSONY
(1914—1921)

DR. KÁLMÁN KOVÁCS

Professeur de l'histoire juridique hongroise

Résumé

Antécédents de l'établissement de l'Université (1876—1912). Fondation de l'université hongroise en 1914. Organisation de la Faculté de droit et des sciences politiques, ses chaires et professeurs. Ses étudiants. Enseignement et régime des examens à la Faculté de droit. Déficiences de l'enseignement.

L'effet de l'occupation militaire de Pozsony (Bratislava) sur la vie de l'Université après la proclamation de la République Tchécoslovaque. Dissentiments avec la direction d'Etat slovaque. Différends répétés des nationalistes hongrois et slovaques. Suspension provisoire de l'enseignement universitaire. L'importance de l'appui prêté par la direction de Pozsony de la Partie Socialdémocrate et prise de position favorable de Masaryk, président de la république pour la reprise de l'enseignement. Lutte obstinée, mais parfois pas bien considérée des dirigeants de l'Université pour la survivance de celle-ci.

Loi promulguée en été 1919 sur l'établissement à Bratislava d'une université d'Etat tchécoslovaque. Abolition des facultés de philosophie et de médecine de l'Université Erzsébet, suite des activités de la faculté de droit, comme une institution d'enseignement indépendante puis, deux ans plus tard sa liquidation en automne de 1921. L'Université Erzsébet et sa Faculté de droit ont été transférées provisoirement à Budapest, puis définitivement à Pécs dans l'année scolaire de 1923—1924.

FACULTY OF LAW AND POLITICAL SCIENCES OF ELISABETH
UNIVERSITY IN POZSONY
(1914—1921)

DR. KÁLMÁN KOVÁCS

Professor of Hungarian History of Law

Abstract

Background of the establishment of this university (1876—1912). Foundation of Pozsony Hungarian University in 1914. Organisation, departments and professors of its Faculty of Law and Political Sciences. Its students. Order of education and examinations at the Faculty of Law. Deficiencies in education.

Impact of the military occupation of Pozsony (Bratislava) on the University's life subsequent to the proclamation of the Czechoslovakian Republic. Divergences of opinion with Slovaque government. Renewed disagreements between Hungarian and Slovaque nationalists. Provisional discontinuance of the university education. Importance of the support given by the direction of Pozsony of the Social Democratic Party and favourable position taken by Masaryk, president of the Republic for re-starting the education. Persistent but sometimes not well considered fight of University leaders for the University's subsistence.

Promulgation of a law on the establishment of a Slovaque State University in Summer 1919. Dissolution of the Faculties of Philosophy and Medicine of Elisabeth University. Continued activity of its Faculty of law as independent educational institution, then its liquidation in Autumn 1921. Transfer of Erzsébet University and its Faculty of Law provisionally to Budapest, then definitively to Pécs in 1923—1924.